Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „**Lübecker Volksbote**" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 46**, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich **1.20** Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum **50** Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen **60** Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 239. **Freitag, den 11. Oktober 1918.** 25. Jahrg.

Ein historischer Wendepunkt.

Die Entscheidung ist gefallen. Der erste große Akt der Demokratisierung Deutschlands hat sich vollzogen — vorläufig nur der erste Akt, aber er hat mit einer Energie eingesetzt, die noch vor wenigen Wochen selbst von denen, die zuversichtlich einen baldigen Systemwechsel der Reichsleitung erwarteten, kaum vorausgesehen worden ist, und weitere Akte müssen, wenn es auch kaum an Rückschlägen fehlen dürfte, mit innerer Notwendigkeit folgen. Die neue Reichsregierung hat sich als parlamentarische Koalitionsregierung der Reichstagsmehrheit konstituiert, die deutsche sozialdemokratische Partei besetzte verschiedene der wichtigsten Posten mit ihren Vertrauensmännern, und in der Sitzung des Reichstages vom 5. Oktober — vielleicht ein historisch noch weit bedeutsamerer Gedenktag für die künftige Geschichte des Deutschen Reiches als der 4. August 1914 — hat der neue Reichskanzler im Namen dieser Mehrheitsregierung ein Programm angekündigt, das sich in allem Wesentlichen mit den von der sozialdemokratischen Partei als Bedingung ihrer Mitwirkung aufgestellten Forderungen deckt. Zugleich hat die neue Regierung dadurch, daß sie bereits in der Nacht zum 5. Oktober durch Vermittlung der Schweiz ein offenes Friedensangebot an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika richtete, als ihre Aufgabe anerkannt, endlich den mehr als vierjährigen Weltkrieg durch einen Friedensschluß zu beenden, der dem deutschen Volk den allmählichen Wiederaufbau der zerstörten Werte gestattet.

Damit beginnt eine neue Zeit in der Entwicklung des Deutschen Reiches und besonders Preußens. Das seit Jahrzehnten von der Sozialdemokratie leidenschaftlich bekämpfte preußische Dreiklassenwahlrecht fällt, und ihm werden bei richtiger Anordnung der freigesetzten Volkskraft die Reste jener staatlichen Einrichtungen folgen, die noch aus der Zeit der Lehnsherrschaft und des altpreußischen Beamtenstaats in das jetzige Zeitalter herüberragen.

Ein großer historischer Moment: **Die aus dem Weltkrieg hervorbrechende Revolutionswoge greift auf Deutschland über,** nicht die Revolution mit wallendem Flammenhaar, die in Rußland im vorigen Jahr ihren Einzug gehalten hat, sondern eine friedliche Umwälzung der staatlichen Lebensverhältnisse, die aber vielleicht einst von der Geschichte als bedeutsamer für den Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse bewertet werden wird, als die jetzige russische Revolution für den Aufstieg der russischen Arbeiterklasse.

Wie kurzsichtig erscheinen uns heute jene weisen, später meist in die Reihen der sogen. „Unabhängigen" übergegangenen Politiker, die noch vor zwei, drei Jahren höhnisch über die Ansicht spotteten, der Weltkrieg bedeute eine Weltrevolution, deren Folgen sich für die Gestaltung des zukünftigen Europas noch weit gewaltiger erweisen würden, als das große Revolutionsdrama, das sich an der Wende des 18. Jahrhunderts in Frankreich abgespielt hat. Nachdem zunächst im Anfang des Krieges diese Politiker auf Grund ihrer tiefen Einsicht in das Wirtschaftsgetriebe und ihrer gründlichen theoretischen Studien als sicher angenommen hatten, daß bereits nach wenigen Monaten die kapitalistische Wirtschaft zusammenbrechen und aus der chaotischen Götterdämmerung des Kapitalismus mit unvermeidlicher Notwendigkeit die sozialistische Gesellschaftsordnung hervorgehen werde, verfielen sie schon am Ende des ersten Kriegsjahres, als ihre utopischen Hoffnungen sich nicht erfüllten, in das entgegengesetzte Extrem und verkündeten nun mit gleicher Sicherheit, das Ende des Krieges werde in allen beteiligten Staaten die Zurückschraubung des Wirtschaftslebens auf jenen Entwicklungsstand sein, der dort vor vierzig, fünfzig Jahren existiert habe; eine Rückkehr zu früheren Wirtschaftsformen, der auf politischem Gebiet eine allgemeine Reaktion entsprechen werde. Hatte man erst prophezeit, der Weltkrieg werde mit dem Krach des Kapitalismus und dem Sieg des Sozialismus enden, so verkündete man nun, das Ergebnis des Krieges werde ein allgemeiner wirtschaftlicher und politischer Rückgang, der Todesfrieden des Kirchhofs sein.

Die tatsächliche Entwicklung hat weder die eine, noch die andere Prophezeiung bestätigt. Sicherlich forderte der Krieg ungeheure Blutopfer; sicherlich zerstörte er Riesenwerte, die nützlicher zur geistigen und materiellen Hebung der Volksmassen Verwendung gefunden hätten, und ferner kann nicht bestritten werden, daß er — abgesehen von Amerika und Japan — in allen kriegführenden Ländern eine ungeheure Erschöpfung hinterläßt; aber ebenso sicher ist auch, daß er den Anstoß zu vielen technischen Erfindungen und Verbesserungen gegeben, die Betriebs- und Kapitalskonzentration gefördert, neue Industrien ins Leben gerufen hat, und daß daher, wenn es wieder an das Aufbauen des Zerstörten geht, dieses Aufbauen mit ganz anderen Mitteln und in ganz anderer Weise erfolgen wird, als vor vierzig, fünfzig Jahren. Ebensowenig hat der Krieg zu einer allgemeinen politischen Erschlaffung und Resignation der Völker geführt. In Rußland hat er den Sturz des Zarentums und des absoluten Regierungssystems zur Folge gehabt; in der Donaumonarchie hat er die Selbständigkeitsbewegung der verschiedenen Nationen mächtig gefördert, die voraussichtlich mit der Errichtung eines Bundesstaates enden wird; in Deutschland hat er eine starke demokratische Strömung hervorgerufen, die ihren Ausdruck in dem jetzigen Regierungswechsel findet, und auch in England hat er bereits zu einer [illegible] Umschaltung des politischen Lebens, zu der Verleihung des weiblichen Stimmrechts, zur Neuorganisation der Arbeiterpartei und einer mächtigen Ausdehnung der irisch-nationalistischen Bewegung geführt. Uebrigens **nur der Anfang der in England bevorstehenden Umwälzung, denn ihr Hauptteil wird erst nach dem Kriege eintreten, wenn sich auf dem bisher von der englischen Finanz, Industrie und Schiffahrt beherrschten Weltmarkt die Konkurrenz der erstarkten amerikanischen Kapitalsmacht geltend machen wird.**

Die großen Politiker der „Unabhängigen" haben sich demnach als schlechte Beurteiler der politischen und wirtschaftlichen Lage erwiesen. Wir sollten deshalb auch ihrem jetzigen Hohn über die aktive Teilnahme unserer Partei an der neuen parlamentarischen Regierung nicht zu viel Gewicht beimessen. Wenn sie sich jetzt — genau wie der äußerste rechte Flügel der Agrarkonservativen — abseits stellen, der neuen Regierung im Voraus unbedingte Gegnerschaft ankündigen und den Eintritt von Sozialdemokraten in das Ministerium als Streberei verdächtigen, **so ist das nur die Konsequenz ihrer bisherigen Haltung.** Sie würden die von ihnen durchgeführte Parteispaltung, ihre Hetze gegen die „Regierungssozialisten", ihre unbedingte Opposition gegen alle und jede Verbesserungsmaßnahmen selbst als verfehlt bloßstellen, wenn sie jetzt zugeben wollten, die Einsetzung der neuen Regierung bedeute einen gewaltigen Schritt vorwärts, und sie sähen sich daher genötigt, in der einen oder anderen Weise, sei es auch unter Verzicht auf direkte Mitwirkung, diese Regierung zu unterstützen. Einmal auf verkehrtes Geleise geraten, gibt es für sie nur noch eine Verneinung um jeden Preis, und es ist daher nur konsequent, wenn jetzt das „Mitteilungsblatt" des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins sogar die Friedensbemühungen des Reichskanzlers mit der albernen Begründung abweist, die jetzige Regierung sei nicht in der Lage, **„die Schultern der Arbeiterklasse vor den unwägbaren Lasten eines Notfriedens zu bewahren".**

Für unsere Partei sind andere Auffassungen maßgebend. Wir können heute, wo der Reichskarren festgefahren ist, nicht einfach, mit den Händen in den Hosentaschen, bei Seite stehen und höhnisch erklären: „Was geht uns das an; mag nur alles zum Teufel gehen!" Denn der, der in solchem Fall vor allem für die Fehler des bisherigen Regierungssystems zu büßen hätte, wäre der Arbeiter. Gerade im Interesse der deutschen Arbeiterschaft müssen wir nicht nur versuchen, in der jetzigen Lage zu retten, was zu retten ist, sondern auch bei dem kommenden Wiederaufbau des Wirtschaftslebens die Hand im Spiele zu haben, um dort möglichst jene Arbeiterforderungen durchzusetzen, die der Würzburger Parteitag für die Uebergangsperiode aufgestellt hat. Was wäre dann die Folge, wenn die Sozialdemokratie ablehnen würde, sich an der Regierung zu beteiligen? Entweder bildete sich eine Regierungskoalition, in der die Konservativen einen starken Einfluß hätten und diesen zur Hintertreibung aller demokratischen Fortschritte sowie zur Fortführung des Krieges ausnutzten; oder aber es käme eine militärische Diktatur zustande. Möglich, ja wahrscheinlich, daß diese sich nicht lange zu halten vermöchte. Was aber dann? Soll dann die Sozialdemokratie wieder die Beteiligung an der Regierung ablehnen und alles treiben lassen, wie es und wohin es treibt; oder soll sie nun, nachdem alles noch weit mehr verfahren ist, mit Hand anlegen? Das hieße doch nur, den Eintritt in die Regierung bis zu einem Moment aufschieben, wo fast nichts mehr zu retten ist.

Wir können nicht die Politik der „Unabhängigen" treiben, und ihre Nörgeleien dürfen keinen Einfluß auf unsere Entschließungen haben. Für uns kann lediglich in Betracht kommen, ob unsere Handlungen dem Interesse der Arbeiterklasse dienen, und ob wir meinen, daß wir sie einst vor der Geschichte rechtfertigen können, die dann von einem höheren Standpunkt aus die heutigen Vorgänge nicht nach jetzigen Augenblicksstimmungen und Parteigegensätzen, sondern danach beurteilen wird, wie weit sie dem gesellschaftlichen Fortschritt gedient haben. Lassen wir deshalb die „Unabhängigen" nörgeln und höhnen und halten wir uns den Wahlspruch Dantes, den auch Marx sich zu seinem Wahlspruch erkoren hat: „Geh' deinen Weg und laß die Leute reden!" Verkehrt wäre deshalb auch, aus wohlabgemessener [illegible] jede **Handlung der sozialdemokratischen Mitglieder der neuen Regierung argwöhnisch zu betrachten und ic sich etwas zeigen sollte, was nach lokalen Parteiansichten oder Auslegungen des Mindestprogramms als nicht ganz korrekt erscheint, sofort mit kleinlicher Kritik zu beginnen. Das würde alle Wirksamkeit der in die Regierung entsandten Parteimitglieder hemmen. Gewiß, unsere Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre haben keine persönliche Politik zu treiben; sie bleiben Beauftragte der Partei und unterstehen ihrer Kontrolle. Aber nicht minder gewiß ist, daß sich bisher noch keine große politische Umwälzungsbewegung nach vorher festgesetzten Programmen und Schemata vollzogen hat. Dazu kommt, daß unsere Parteigenossen eine keineswegs leichte Bürde in einer Zeit sich überstürzender Ereignisse, tiefster Mißstimmung und bitteren Nahrungsmangels übernehmen, und daß sie ferner — auch darüber sollte man sich nicht täuschen — mit dem passiven Widerstande einer vielfach konservativ gerichteten Beamtenschaft zu kämpfen haben werden, die wenigstens zum Teil nichts lieber als eine Diskreditierung ihrer sozialdemokratischen Vorgesetzten** sehen würde. Der Beamtenapparat ist durchaus noch nicht auf seine neuen Aufgaben eingestellt. Verlangt die Partei, daß unter solchen Umständen ihre Beauftragten etwas leisten, **muß sie sich auch mit ihrer Macht als geschlossene** Phalanx hinter sie stellen.

Vor der Antwort an Wilson.

Es ist klar, daß die Beratung über die Antwort an Wilson nicht so einfach ist und daß sie die, die an ihr teilzunehmen gezwungen sind, vor mancherlei Schwierigkeiten stellt. Es wird wohl keinen Menschen geben, der diese Männer jetzt beneidet. Man kann wohl damit rechnen, daß die Formulierung der Antwort heute [illegible] wird. Sie kann aber erst abgesandt werden, wenn der offizielle Text der Wilson-Note vorliegt. Ohne Frage wäre sie in dem Sinne gehalten sein, daß sie der Fortsetzung der Verhandlungen die Wege ebnet.

Ueber die Bedeutung der [illegible] ist sich der ernste Teil der Presse klar. Nur die im alldeutschen Fahrwasser schwimmenden Blätter sind auch in diesem kritischen Augenblick schnell fertig mit dem Wort. Einen entsprechenden „Weckruf" erläßt der Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden unter der Ueberschrift: „Es brennt," der mit den Worten beginnt:

„Deutsches Volk, wache auf! Rette dein Haus! Schon schlägt die Flamme hinein!"

Die schwerindustriellen „Berliner Neuesten Nachrichten" paraphrasieren „zornbebend" das Dichterwort:

„Was schmiedest du, Schmied?
Wir schmieden Ketten, Ketten!"

Auch die gleichfalls von der Schwerindustrie berüchtigte alldeutsche „Deutsche Zeitung" spricht zu den Wilsonschen Rückfragen ihr glattes „Unannehmbar" aus:

„Die Antwort Wilsons ist der Bankrott der neuen Regierung. Ihr Waffenstillstandsgesuch und ihre Friedensbitte sind so gründliche Rechenfehler, daß sie den vollen Nachweis der Regierungsunfähigkeit des Mehrheitsblocks darstellen. Der prinzliche Kanzler [illegible] hat uns vor aller Welt die [illegible], daß Wilson auf die untertänige Friedensnote, auf die [illegible] Bereiterklärung, sein Programm ohne Vorbehalt und Einschränkung anzunehmen, eine Bedingung stellt, auf die sich nur noch ein Volk einlassen kann, das auf seine Ehre verzichtet, das, jeder Scham bar, jede Schande auf sich nehmen will!"

Wir geben angesichts des Ernstes der Situation nur registrierend diese Stimmen wieder; mit Uebergeschnappten befaßt man sich in einer Zeit, wie der gegenwärtigen, **nicht** gern. Dazu ist die Zeit zu [illegible].

Die „Vossische Zeitung" bringt in Artikeln des Reichstagsabgeordneten Professor Schulze-Gaevernitz und Georg Bernhard eine ebenso interessante wie notwendige Feststellung, die ganz neues Licht auf Deutschlands Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und ihrem Präsidenten Wilson wirft. Beide Artikel stellen fest, **daß Deutschland Ende 1916 dem Präsidenten Wilson, der zur Friedensvermittlung sich ausdrücklich bereit erklärt hatte, maßvolle Friedensvorschläge gemacht hat.** Auch England hat damals ein **gewisses Entgegenkommen** bewiesen, indem es erklärte, daß es in seinen öffentlichen Friedensbedingungen, die Wilson als unannehmbar für Deutschland erklärte, nicht **das letzte Wort gesprochen habe.** Wilson hat dann auf Grund dieser Tatsachen geglaubt, den Frieden ohne Sieger und Besiegte vermitteln zu können, zumal **er direkt von der deutschen Regierung um diese** Vermittlung ersucht **worden war.**

Mitten hinein in die so in Gang gebrachten Friedensvermittlungsversuche Wilsons platzte dann die **Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges** durch Deutschland, die nach allem Voraufgegangenen den Krieg mit den Vereinigten Staaten bedeutete. Wilson war durch diese Ueberraschung ganz konsterniert und erklärte, **fortab nur mit einer deutschen Reichsregierung verhandeln zu können, welche auch stark genug sei, zu ihren Worten zu stehen.**

Schulze-Gaevernitz folgert aus diesen Tatsachen, daß damals in Deutschland zwei Regierungen nebeneinander und gegeneinander regiert hätten. Bernhard sagt: nein, es war dieselbe Bethmannsche Regierung, die das Doppelspiel trieb. Sie regte bei **Wilson** Friedensvermittlungen an, sagte den militärischen Stellen nichts davon und war nicht stark genug, die Aussendung der U-Boote zu hindern, weil sie nicht den Mut hatte, der aus der Erörterung um den U-Bootkrieg geschlossenen Opposition zu trotzen.

Mag das nun sein, wie es will, mag es vielleicht auch noch möglich sein, die Schuldigen an der festgestellten Ungeheuerlichkeit zur Verantwortung zu ziehen, eines ist nun

verständlich: **Wilsons Haltung seither gegenüber der deutschen Regierung und seine Forderung, nur mit einer Regierung verhandeln zu wollen, die zu ihren Worten steht.**

Heute haben wir eine Volksregierung, nicht mehr lenken unkontrollierbare Kräfte aus höfischen Sphären die Geschicke des Volkes, sondern dessen Erwählte und durch sie das Volk selbst. Und das deutsche Volk hat keine Kriegsziele und keinen kriegerischen Ehrgeiz, sondern nur den Wunsch, sich in freier, produktiver Arbeit betätigen zu können. Zu diesen Zielen wird es stehen und darin verläßlich sein.

Ueber Wilsons Antwort, die von den Alliierten gebilligt wird, sagt eine Havas-Note:

„Präsident Wilson nahm die deutschen Vorschläge in einer Weise an, wie man dies von seinem klugen Scharfblick und seiner gewissenhaften Ehrenhaftigkeit erwarten konnte, in dem er **von der deutschen Regierung Aufklärung über den Sinn und die Tragweite ihres Angebotes erbat.** Auf diese Weise wird keinerlei Zweideutigkeit die Lösung des gegenwärtigen Konflikts fälschen. Nicht die Alliierten werden es sein, die sich darüber beklagen werden. Ohne irgendwie der endgültigen Antwort Wilsons vorzugreifen, gestattet doch die Prüfung der Note Lansings, sich schon jetzt ein Bild von seinen begründeten Besorgnissen zu machen. Deutschland wird zuerst kategorisch erklären müssen, **ob es unverzüglich und ohne Erörterung die aufgestellten Bedingungen annimmt.** Tatsächlich haben sich die Mittelmächte darauf beschränkt, zu erklären, daß sie die Bedingungen annehmen, aber nur als Grundlage für eine Erörterung. Im Reichstag gab Prinz Max von Baden in seiner Rede die gleiche Erklärung ab und schließlich war die deutsche Presse in dieser Hinsicht noch deutlicher. Man versteht daher den Zweifel, den Wilson beseitigen will. Es ist wahrscheinlich unter dem Druck der Ereignisse, daß **der Kanzler jetzt rückhaltlos dem Washingtoner Friedensprogramm zustimmt.** Selbst, wenn er es aber tut, **welches Vertrauen könnte man ihm für die Zukunft gewähren,** da er im Verlaufe von wenigen Tagen seine Ansicht über die Hauptfrage in so offener Weise geändert hat. Andererseits muß man wissen, ob die Vorschläge im Namen der Reichsbehörden gemacht wurden, die bisher den Krieg führten. Der Kanzler gibt sich wohl die Mühe, die Regierung, an deren Spitze er steht, als aus dem Volke und aus dem Reichstage hervorgegangen hinzustellen. **Ist diese Versammlung aber berechtigt, im Namen der deutschen Demokratie zu sprechen?** Der **Reichstag** hat ohne Vorbehalt dem **Angriff von 1914 zugestimmt, ebenso allen alldeutschen Maßnahmen des Generalstabes.** Er hat die **Verträge von Brest-Litowsk ratifiziert.** Prinz Max von Baden selbst gab in einem Schreiben an den Prinzen Hohenlohe den Maßstab für die Aufrichtigkeit seiner politischen Kreise. In Wahrheit erscheint der Personenwechsel an der Spitze der Reichsregierung nur wie **eine Parodie auf die Teilnahme des Volkes** an der Regierung, die den **Zweck** hat, die **wirklichen verantwortlichen Urheber des Krieges der Verantwortung zu entziehen.** Schließlich präzisiert dieser Satz in sehr glücklicher Weise den Gedanken Wilsons: Wenn die Vorbedingungen rückhaltlose Zustimmung zum amerikanischen Friedensprogramm, Neuorientierung der deutschen Politik sowie Räumung der besetzten Gebiete, von der kaiserlichen Regierung angenommen werden, so wird der Waffenstillstand doch nicht ipse facto eintreten. Präsident Wilson wird vielmehr dann erst glauben, in der Lage zu sein, die Einstellung der Feindseligkeiten den Völkern der Entente vorzuschlagen, die dann die Bürgschaften bekanntgeben müßten, die sie vom Feinde fordern wollen, bevor sie die Waffen niederlegen. Deutschland hat jetzt das Wort."

Man wird im Verlaufe dieser Angelegenheit immer damit rechnen müssen, daß es Stimmen gibt, die, gestützt auf frühere Erfahrungen, dem deutschen Volke mißtrauisch gegenüberstehen. Aber darüber kommen wir umso mehr hinweg, als gegenüber diesen Zweiflern, die zum Teil recht dunkle Zwecke verfolgen, eine ganze Reihe von Blättern und auch Parteien in den Entente- und neutralen Ländern gegenüberstehen, die die Aufrichtigkeit des deutschen Vorgehens jetzt nicht mehr in Zweifel ziehen. Einige dieser Stimmen seien wiedergegeben.

Die „Humanite" berichtet: Die sozialistischen Kammerparteien einschließlich der Thomas-Gruppe erachten die deutschen Friedensvorschläge als **geeignete Grundlagen für Friedensbesprechungen.** Ohne Bürgschaften dürfe es aber auch nach der Meinung der Kammersozialisten keinen Waffenstillstand geben.

Aus London wird berichtet: Die britische Arbeiterpartei erließ gestern eine Kundgebung für den deutschen Friedensantrag und die Antwort Wilsons darauf. Die Kundgebung erklärt, daß Deutschlands Schritt einen **Zustand mit vielen Möglichkeiten** erschließe, die die Verbündeten **nicht übersehen dürften.** Der deutsche Friedensantrag mache nähere Aufklärungen erforderlich, bevor die Verbündeten ihre militärischen Operationen einstellen könnten. Eine wesentliche Bedingung zur Einleitung von Besprechungen sei, daß die Zentralmächte das besetzte Gebiet räumen und eine unzweideutige Erklärung veröffentlichen über ihre Bereitwilligkeit, Wilsons Grundsätze ehrlich und bedingungslos auf jene Fragen anzuwenden, die bei der endgültigen Regelung behandelt werden müßten.

Die „Nieuwe Rotterdamsche Courant" schreibt zur Antwort Wilsons: Die Hauptsache ist, daß Wilson den englischen und französischen Zeitungsschreibern, die die Uebergabe Deutschlands auf Gnade und Ungnade wollten, nicht folgte und die Aussicht auf Friedensunterhandlungen nicht verstellte. Fallen die Aufklärungen deutlich aus, das heißt, wird nach der neuen deutschen Methode die offenherzige deutliche Antwort über die Vorschläge gegeben, die mit dem Programm Wilsons sich als übereinstimmend erweist, dann werden die Friedensunterhandlungen binnen kurzem beginnen können.

Ueber die Stimmung der englischen Presse nach der Antwortnote Wilsons informiert folgende Meldung aus Holland:

„Die englischen Abendblätter äußern ihre Befriedigung über Wilsons Antwort. Sie betonen, daß diese Antwort **Deutschlands Aufrichtigkeit prüfen werde.** Die „Westminster Gazette" schreibt: Die Antwort Wilsons hat alle Erwartungen der Verbündeten in Europa in vollem Maße erfüllt. Die Antwort stellt drei Fragen, welche die Bedingungen der Verbündeten enthalten, wovon der Friede oder die Fortsetzung des Krieges abhängt. Wilson sagt: Nehmt die 14 Punkte auf, geht zurück nach Eurem eigenen Lande, verbürgt mir, daß ich mit freien Vertretern des deutschen Volkes und nicht mit Vertretern des deutschen Militarismus sprechen kann, und ich werde mit Euch verhandeln, sonst nicht.

Was der Krieg bringt.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 10. Oktober, abends. (Amtlich.)

Vor unseren neuen Stellungen an der Schlachtfront östlich Cambrai und St. Quentin und auf beiden Maasufern scheiterten feindliche Angriffe gescheitert.

Die gegnerischen Heeresberichte.

Französischer Bericht vom 9. Oktober, abends: Heftige, seit mehreren Tagen durch französisch-englische Streitkräfte geführte Angriffe nördlich und südlich St. Quentin haben die Deutschen zu einem allgemeinen Rückzug in dieser Gegend gezwungen. Heute haben Truppen unserer ersten Armee die feindlichen Nachhuten zwischen Somme und Oise weiter verfolgt, wobei sie die örtlichen Widerstände überall brachen und Gefangene machten. Oestlich der Eisenbahn St. Quentin nach Le Cateau halten wir das Gehölz von Etaves und das Dorf Beautroux. Weiter südlich sind wir über Frontsomme hinaus gelangt und haben Fontaine Notre Dame erreicht und Marcy auf dem Norduser der Oise genommen. Wir haben Mezieres an der Oise besetzt. Unser Vormarsch nach dem Osten beträgt etwa acht Kilometer östlich St. Quentin. Wir haben bis jetzt 2000 Gefangene gemacht, Geschütze und zahlreiche Maschinengewehre genommen. Nördlich Ornes haben wir heftige deutsche Gegenangriffe abgewiesen und unseren Vormarsch auf Jauroy gerichtet. Im Aisne-Tal haben unsere Angriffe befriedigende Ergebnisse erzielt. Wir haben die Hochfläche von Montcheutain und das Dorf gleichen Namens sowie Grand Ham (?) genommen. Wir haben die Aisne nordöstlich Montcheutain überschritten und in hartem Kampfe Fenus auf dem Norduser genommen. Mehr als 600 Gefangene, Geschütze und Maschinengewehre sind in unseren Händen.

Englischer Bericht vom 9. Oktober, abends: Wir brachten gestern dem Feinde eine schwere Niederlage zwischen St. Quentin und Cambrai bei. Wir nahmen über 10 000 Mann gefangen und erbeuteten zwischen 100 und 200 Geschütze. Nicht weniger als 25 deutsche Divisionen waren an den Kämpfen dieser Front beteiligt und wurden schwer mitgenommen. Das Ergebnis dieser Operationen ist, daß es heute unseren Truppen möglich war, an der ganzen Front zwischen der Somme und Sensee vorzugehen. Sie machten schnelle Fortschritte in östlicher Richtung und nahmen Nachhutabteilungen des Feindes gefangen. Isolierte Batterien und Maschinengewehrposten fielen in ihre Hände. Eine Anzahl Einwohner, die in den genommenen Dörfern zurückgelassen wurden, begegneten unseren vorrückenden Truppen mit Begeisterung. Ganz-Cambrai ist in unserem Besitz. Kanadische Truppen der 1. Armee rückten heute am frühen Morgen von Norden her in die Stadt ein, während später englische Truppen der 3. Armee durch den südlichen Teil der Stadt kamen. Seit dem 21. August haben englische Truppen der 1., 3. und 4. Armee die ganzen sorgfältig ausgearbeiteten Reihen der tiefen Verteidigungszone durchbrochen, die in aufeinanderfolgenden Gürteln schwer befestigter Grabenlinien bestehen und das ganze Hindenburg-System an dieser Front von über 34 Meilen von St. Quentin bis Arras umfaßt. Nachdem sie dieses Schlachtgebiet bis zu einer Tiefe von 30 bis 40 Meilen durchstoßen hatten, operieren unsere Truppen jetzt bereits jenseits und im Osten der Hindenburgstellung. Im Verlaufe dieser Operationen und seit dem erwähnten Datum brachten wir dem Feinde sehr schwere Verluste an Toten und Verwundeten bei und nahmen ihm über 110 000 Gefangene und 1200 Geschütze ab. Diese Waffentat wurde von britischen Truppen erreicht, die bereits den ersten und heftigsten Angriffen der feindlichen Hauptmacht im Frühjahr Widerstand leisteten. Nur die zähe Ausdauer und der entschlossene Geist dieser Truppen ermöglichte ihnen, mit so deutlichem Erfolg zur Offensive überzugehen. Durch ihr heroisches Verhalten bei der Verteidigung und dem Angriff erwiesen sich unsere Männer aus allen Teilen des Reiches als Soldaten ersten Ranges. Der Vormarsch dauert an. Heute nachmittag erreichten wir die allgemeine Linie Bohain-Dusigny-Caudry-Couriot.

Amerikanischer Bericht vom 9. Oktober, abends: Oestlich der Maas behaupteten unsere Truppen ihre Gewinne trotz heftiger zahlreicher Gegenangriffe und setzten ihren Vormarsch in Richtung auf die Südränder von Sivry und auf den Chaume-Wald fort. Westlich der Maas sind wir in die Hauptwiderstandslinie des Feindes zwischen Cunel und Romagne unterhalb Montfaucon eingedrungen trotz des Eintreffens frischer Divisionen. In den Argonnen besetzten wir wichtige Höhen südlich Marcq und vereinigten uns mit den Franzosen bei Haucon wieder. Wir machten über 2000 neue Gefangene.

Zur Rettung des Vaterlandes.

Hart vor uns steht unheildrohend die schlimmste Gefahr, die im Innern uns treffen kann, **die Demokratisierung Preußens und dann des übrigen Deutschlands** durch das gleiche und geheime Wahlrecht. Aus der Demokratisierung wird dann mit zwingender Notwendigkeit die **Sozialdemokratisierung und die Republikanisierung** folgen.

(Bund der Kaisertreuen.)

Arbeiter! Parteigenossen! **Stärkt die sozialdemokratische Partei** und sorgt auf diese Weise dafür, daß **die Befürchtungen der Kaisertreuen** möglichst bald zur **Wahrheit werden!**

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 10. Oktober. (Amtlich.)

Italienischer Kriegsschauplatz.

Stellenweise lebhaftere italienische Erkundungstätigkeit.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Am Skumbi scheiterte der Uebergang italienischer Reiterabteilungen. Nordwestlich und nördlich Leskovac entwickelten sich Kämpfe, hinter unseren Fronten wurden serbische und montenegrinische Banden aufgerieben.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich Verdun und bei Beaumont schlugen unsere Jäger im Verein mit rheinischen Regimentern schwere Anstürme zurück.

Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk.

Laut „Berner Bund" meldet die „Agence Havas" amtlich aus Paris: Nach einem Radiotelegramm hat die **Bolschewiki-Regierung sich mit großer Mehrheit gegen eine Kündigung des Brest-Litowsker Vertrages** ausgesprochen.

Es war vorauszusehen, daß die Russen jetzt nicht zur Kündigung der Brest-Litowsker Friedensvertrages schreiten würden. Das schließt natürlich nicht aus, daß die deutsche Regierung dem Wunsche Rußlands auf eine Revision des Vertrags entgegenkommt. Ein solches Entgegenkommen läge u. E. auch im Interesse Deutschlands.

Ein Gewaltstreich in Finnland.

Nachdem gestern gemeldet werden konnte, daß das finnische Rumpfparlament einen Antrag auf Vornahme der Königswahl vor den Landtagswahlen abgelehnt hat, kommt heute die überraschende Nachricht, daß auf Grund eines Gewaltstreiches der **Prinz Friedrich Karl von Hessen zum König von Finnland gewählt** worden ist. Die aus Helsingfors, 9. Oktober, datierte Wolffmeldung besagt:

Nach einer geheimen Sitzung, die von 1 Uhr mittags mit kurzer Unterbrechung bis 9 Uhr abends dauerte, ist der Landtag auf Grund von § 38 der Verfassung von 1772 zur Königswahl geschritten. Die Wahl erfolgte durch Akklamation, indem die Abgeordneten sich von ihren Sitzen erhoben. Die Agrarier und einige wenige Republikaner bekundeten durch Sitzenbleiben, daß sie an der Wahl nicht teilnähmen. Durch diesen Beschluß des Landtages ist Prinz Friedrich Karl von Hessen zum König von Finnland gewählt und die Thronfolge seiner Nachkommen festgestellt. Das Landtagspräsidium wurde beauftragt, die sich aus diesem Beschluß ergebenden Maßnahmen zu treffen.

Man kann nach der ganzen Sachlage nur von einem **Gewaltstreich** reden. Denn es ist geradezu lächerlich, wenn man sich, nachdem auf verfassungsmäßigem Wege das gewünschte Ziel nicht zu erreichen ist, auf eine alte Verfassung von 1772 beruft. Uns würde die Sache ja gar nicht weiter interessieren, wenn nicht ein deutscher Prinz hierbei in Frage käme und dadurch nach außen hin der Anschein erweckt wird, die Sache sei von Deutschland geschoben worden. Daß uns das gerade in der gegenwärtigen Zeit nicht dienlich ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Die große Mehrheit des deutschen Volkes sieht das ein, ob nicht auch der Prinz von Hessen??

Abschied von Bulgarien.

Die Berliner Abendblätter melden: Der letzte deutsche Soldat wird heute abend Sofia verlassen. **Das zur Besetzung der** bulgarischen Hauptstadt bestimmte französische Regiment **wird** in der Nacht zu morgen in Sofia einrücken. Eine **Verbindung** zwischen Berlin und Sofia wird fortan, wenn überhaupt, **nur noch** unter französischer Kontrolle möglich sein. Der deutsche Gesandte, Graf Oberndorff, ist ermächtigt **worden, mit dem Personal der** Gesandtschaft, des deutschen Konsulats usw. heute **Bulgarien zu** verlassen, den Schutz der deutschen Interessen dem holländischen Gesandten zu übertragen und einen Archiv-Verwalter in Sofia zurückzulassen. Mit ihm zugleich wird der Rest der deutschen Kolonie abreisen. Unsererseits sind Maßnahmen **getroffen, daß** der Abreise bulgarischer Staatsbürger aus Deutschland keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Ebenso ist zugesagt worden, daß diejenigen bulgarischen Truppenteile, die im Morawa-Tal verblieben sind, von Unannehmlichkeiten jeglicher Art nach Möglichkeit verschont werden sollen.

Neue Ministerkrise in Polen.

Der bisherige Ministerpräsident Kuchazewski ersucht in einem Schreiben an den polnischen Regentschaftsrat um sofortige Enthebung von seinem Posten und um gleichzeitige Entbindung von seinem Auftrage, ein neues Kabinett zu bilden.

Ein bedeutender Erfolg der Sowjettruppen.

Von der russischen Botschaft wird mitgeteilt: **Im Kampfe** gegen die Tschecho-Slowaken ist Stawropol von den Sowjettruppen genommen worden. Damit ist der ganze Wolgafluß vom Feinde gesäubert.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wieder eine Versammlungsauflösung in Berlin.

Im ersten Berliner Wahlkreis wurde am Mittwoch abend eine Versammlung, die von einer oppositionellen fortschrittlichen Richtung einberufen war, polizeilich aufgelöst, als in der Diskussion der Kandidat der Unabhängigen Sozialdemokratie, Richard Müller, erklärte, dem militärischen Zusammenbruch werde auch der wirtschaftliche Zusammenbruch folgen. Es wurde sofort beschlossen, deswegen Protest an den Reichskanzler und das Oberkommando in den Marken zu richten.

Ein Aufruf der Konservativen.

Das Vaterland ist in Gefahr!

Der weitere Vorstand der deutschkonservativen Partei hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

Das Vaterland ist in Gefahr. Mit unerhörter Wucht stürmt feindliche Uebermacht gegen unsere Mauer im Westen.

Was unseren Vätern und uns heilig und teuer gewesen ist, steht auf dem Spiele: Preußen, der Staat Friedrichs des Großen, für den unsere Väter in den Befreiungskriegen geblutet haben, das Werk der Hohenzollern, das neue Deutschland Wilhelms I. und Bismarcks mit allen seinen Bundesstaaten.

Das alles kann und darf nicht untergehen!

Wenn der Präsident Wilson für den Eintritt in Friedensverhandlungen oder bei ihnen Bedingungen stellt, deren Annahme Deutschlands Ehre und Unversehrtheit, unser nationales Dasein und die wirtschaftliche Zukunft aller Volkskreise vernichten würde, dann muß das deutsche Volk mit Einsatz seiner äußersten Kraft den Kampf fortsetzen, bis ein ehrenvoller Friede errungen sein wird.

So schwer auch die Bedenken gegenüber der neuen Steuerung unserer innerpolitischen Zustände sein mögen, sie müssen zurücktreten, solange es gilt, daß das deutsche Volk wie ein Mann im entscheidenden Kampfe zusammensteht.

Für diese unsere heiligen Güter wollen wir weiterkämpfen, wenn es sein muß, bis zum letzten Mann.

Gott schütze Deutschland!"

Auch dies ist die Stimme von Leuten, die erst im letzten Augenblick die Wirklichkeit erkannt haben.

Soll die Vaterlandspartei einpacken?

In einer Versammlung der Berliner Vaterlandspartei sprach Syndikus Künzel über die politische Lage. Er sagte u. a.:

„Mit der „Tat" unserer neuen Regierung werden wir uns abfinden müssen, aber wir können ihr nicht zustimmen. Bei diesem Friedensangebot will (nach den Wilsonschen Punkten) die Regierung sogar um deutschen Boden in West und Ost einschließlich unserer alten Stadt Danzig zum mindesten mit sich reden lassen! Dazu kommt die Preisgabe des Schutzes unserer nationalen Arbeit, Räumung und Entschädigung Belgiens und Nordfrankreichs — ein völliger Unterwerfungsfrieden in einer Stunde, die einen Staatsmann verlangte, der den Krieg gewinnen will, und unseren Verwundeten das Vertrauen auf den Sieg wiedergibt. Und da soll die Vaterlandspartei einpacken? Sie ist nötiger denn je zur Sammlung aller, die einen ehrenvollen Frieden wollen. Arbeiten und nicht verzweifeln! Es kommt auch unsere Stunde! Wir sind aus einem Stoßtrupp eine Nachhut geworden, die dem deutschen Volke in der öffentlichen Meinung der Welt den Rücken decken will. Wenn die Regierung nicht den eisernen Siegeswillen in ihr Programm nimmt, wird sie bald abgewirtschaftet haben. Wir werden auch im letzten Gange Sieger sein, wenn wir einig sind und an den Sieg glauben!

Abwarten!

Helfer der Kriegshetzer!

Dieser Tage erschien in einem unabhängigen Blatte eine höchst geschmacklose und in ihrer Tendenz geradezu niederträchtige,

Reimerei. Das „Gedicht“ versuchte nicht mehr und nichts weniger, als unsere in die Regierung eingetretenen Genossen materialistischer Beweggründe zu bezichtigen!

Das „Werk“ macht Furore. Es läuft augenblicklich durch die Presse der alldeutschen Volksverhetzer und Kriegstreiber. Fürwahr: eine verdiente Ehre!

Er kann auch schweigen!

Graf Reventlow nämlich, der schreibselige Auslands- und Heer- und Flottenredakteur der „Deutschen Tageszeitung“. Während sich in dieser Zeit der Erwartung der Wilsonschen Antwort der Mund des Kriegshetzers Reventlow keinen Augenblick geschlossen hat, wartet man vergeblich auf die Beantwortung einer ganz eindeutig an ihn gestellten Frage.

Am Montag hatte die „Vossische Zeitung“ dem schriftstellernden Direktor der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Herrn Walter Rathenau, zu einer langen und scharfen Kritik des Friedensangebots das Wort gegeben. Herr Rathenau vertrat den Standpunkt, zu dem Angebot sei der rechte Zeitpunkt nicht gegeben gewesen, spielte die Sache schließlich auf das Gebiet der Personenfrage hinüber und erhob die Forderung: Wer die Nerven verloren hat, muß ersetzt werden!

Das war morgens! Am Abend stürzte der länderhungrige und noch immer kriegswütige Graf Reventlow auf den Rathenauschen Brocken und schrieb: „Rathenau fordert damit, wenn wir ihn recht verstehen, den Ersatz der Männer der neuen Regierung, und wir können ihm damit nur recht geben!“

Dies stand mit den tatsächlichen Verhältnissen in so schreiendem Widerspruch, daß der „Vorwärts“ am Dienstag morgen feststellte, daß Reventlow hier gegen besseres Wissen geschrieben haben müsse. Der „Vorwärts“ wandte sich in ganz präziser Form persönlich an den Grafen: „Wir fragen den Grafen Reventlow öffentlich, ob er nicht gewußt hat, was Rathenau meint.“

Darüber sind zwei Tage verflossen. Es sind verschiedene Ausgaben der „Deutschen Tageszeitung“ herausgekommen, die an mehreren Stellen Auslassungen des Herrn Reventlow enthielten. Eine Antwort auf die Frage des „Vorwärts“ war nicht darunter. Graf Reventlow hat sich in die ihm sicher ungewohnte Rolle des Schweigens geschickt. Man wird zugeben müssen, daß sein Schweigen in diesem Falle mehr sagt, als in vielen Fällen sein Reden. . . .

Spanien.

Die Ministerkrise ist beendigt. Es bleibt alles beim alten, nur der Unterrichtsminister wird ausgeschifft. Es war also ein Sturm im Glase Wasser!

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 11. Oktbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südwestlich von Donai setzte der Feind zum Angriff gegen den Trinquise-Abschnitt südlich der Scarpe an. Kanadische Regimenter, die über Sailly hinaus vorzubrechen versuchten, wurden unter schwersten Verlusten zurückgeworfen.

An der Schlachtfront östlich von Cambrai und St. Quentin sind starke Angriffe des Feindes gegen unsere neuen Stellungen und ihre im Vorgelände gelegenen Vortruppen gescheitert. Der Feind stand am Abend etwa an der Linie Naoes—St. Vaart — auf den Höhen westlich von Selesmes und le Chateau — westlich der Linie Souplet—Vaux—Aubigny—Aisonville und auf dem Westufer der Oise zwischen Origny und La Fere.

Teilangriffe des Gegners bei Berry-au-Bac, an der Aisne, an der Suippe und an der Arne wurden abgewiesen.

Zwischen St. Etienne und der Aisne haben wir unsere Truppen in rückwärtige Linien beiderseits von Grandpre auf das Norduser der Aire plangemäß, vom Feinde ungestört, zurückgenommen. Auf dem westlichen Maasufer setzte der Feind erneut zu starken Angriffen beiderseits der Straße Charpentry—Romagne an.

Auf dem östlichen Maasufer griff der Amerikaner tagsüber mit starken Kräften zwischen Sivry und dem Haumont-Walde an. Württembergische, sächsische, rheinische und österreichisch-ungarische Regimenter schlugen in hartem Kampf alle Angriffe des Gegners ab. Das österr.-ung. Inf.-Regt. 5 unter seinem Kommandeur Oberstleutnant Pepolka zeichnete sich hierbei besonders aus.

*

Im Monat September wurden an der Westfront 773 feindliche Flugzeuge, davon 125 durch Flugabwehrkanonen, und 95 Fesselballons vernichtet. Hiervon sind 450 Flugzeuge in unserem Besitz; der Rest ist jenseits der feindlichen Linien erkennbar abgeschossen. Trotz der vielfach großen, zahlenmäßigen Ueberlegenheit des Gegners haben wir im Kampfe nur 107 Flugzeuge und 103 Fesselballons verloren.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz neu eingetroffene Truppen stehen in der Gegend südlich von Nisch in Gefechtsfühlung mit Serben und Franzosen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Die deutsche Antwort an Wilson.

Berlin, 11. Oktober. Die deutsche Antwort an Wilson ist noch nicht heraus. Wie wir hören, ist jedoch die deutsche Regierung im Prinzip mit der Räumung der besetzten Gebiete einverstanden und wünscht Verhandlungen über die näheren Bedingungen. Wegen der übrigen beiden Punkte ist eine Verständigung wahrscheinlich.

Die Schanzen

auf denen der Deutsche in der Heimat für seine eigene und seines Volkes Zukunft ficht, sind

die Schalter

an denen man Kriegsanleihe zeichnet!

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 11. Oktober.

Preise für zuckerhaltige Futtermittel.

Mit Rücksicht auf die Steigerung der Gestehungskosten, insbesondere der Aufwendungen für die Trocknung, hat der Bundesrat die Preise für zuckerhaltige Futtermittel im Anschluß an die Festsetzung des Zuckerpreises neu geregelt. Die Uebernahmepreise, die die Reichsfuttermittelstelle an die Zuckerfabriken zu zahlen hat, betragen hiernach ab 1. Oktober 1918 für nasse Schnitzel 0,80 Mk., für Trockenschnitzel 13,50 Mk., für Brühschnitzel 16,50 Mk. und für Melasse 8,50 Mk. für den Zentner. Diese Preise gelten auch für den freien Verkehr mit diesen Futtermitteln als gesetzliche Höchstpreise.

Der Absatz von Dörrobst aus den vorjährigen Ernten verboten.

Dörrobst aus der diesjährigen Ernte abzusetzen, war bereits untersagt. Nunmehr wird durch Bekanntmachung der Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen auch der Absatz von Dörrobst aus der Ernte 1917 und aus früheren Ernten verboten und zwar hauptsächlich, um zu verhüten, daß diesjähriges Dörrobst als vorjähriges oder älteres in den Handel kommt. Unter Dörrobst sind zu verstehen: getrocknete Aepfel, Birnen, Pflaumen, Zwetschen sowie jedes getrocknete Mischobst, das eine dieser Obstsorten mitenthält. Eine Einschränkung erfährt das Absatzverbot nur zugunsten der schon nach der Vorschrift für 1918er Dörrobst bevorzugten nicht gewerbsmäßigen Kleinerzeuger und zugunsten des Absatzes an bevollmächtigte Einkäufer für den Bedarf von Heer und Marine.

Preiswirrwar auch in den Apotheken.

Bisher konnte man annehmen, daß bei den Apothekern, wenn auch hohe, so doch wenigstens überall gleichmäßige Preise berechnet würden. Das scheint jedoch nicht mehr der Fall zu sein, sondern die Willkür in der Preisbemessung ist jetzt auch bei den Apothekern zu beobachten. So schwanken z. B. die Preise für die verschiedenen Brunnen wie Fachinger, Wildunger usw. um 10—15 Pfennig für die Flasche. Noch auffälliger ist der Unterschied bei Hexamethylentetramin-Tabletten, für die in einer Apotheke 75 Pfennig für 20 Stück gefordert werden, während die andere eine Mark für die gleiche Menge verlangt. Allerdings trägt die 1-Mark-Packung ein Etikett der Hageda (Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker). Sollte diese vielleicht unberechtigte Aufschläge nehmen? Dann dürfte es angebracht sein, daß die Verwaltungsbehörden, in erster Linie das Reichsgesundheitsamt die Praxis der Hageda einer Nachprüfung unterziehen. Ebenso dürfte es sich empfehlen, daß die Krankenkassen ihr Augenmerk auf die Angelegenheit richten.

Eine Lohnbewegung der Lübecker Träger.

Eine der interessantesten Lohnbewegungen haben die Stammarbeiter, Wochenarbeiter und Kranführer der Kaiverwaltung der Handelskammer erfolgreich beendet. Diese Arbeitergruppen bildeten im wesentlichen vor dem Kriege die uralte Trägerkorporation. Seinerzeit war der Handelskammer durch eine Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos bekanntgegeben, daß die gesamte Güterbewegung an den Kaistrecken des hiesigen Hafens, soweit sie bisher dem Ablader und Empfänger oblag, ausschließlich der Handelskammer übertragen sei, und zwar aus Anlaß des Wagenmangels zur Beschleunigung der Ent- und Beladung der Eisenbahnwagen und zur besseren Ausnutzung der Umschlagseinrichtungen im hiesigen Hafen. Die Handelskammer hat dann diese Arbeitsleistungen zu den Sätzen der Trägertaxe übernommen und in erster Reihe die Mitglieder der Trägerkorporation herangezogen und dieselben gegen einen bestimmten Wochenlohn in ihre Dienste genommen. Die Handelskammer erklärte damals, es liege ihr fern, aus dieser ihr durch die Kriegsverhältnisse aufgezwungenen Neuregelung ein Geschäft machen zu wollen. Sie wolle daher auch den etwaigen Ueberschuß, der sich nach Abzug aller Unkosten aus diesem Verwaltungszweig ergeben sollte, nach Maßgabe der verdienten Wochenlöhne an die Stammarbeiter zur Verteilung bringen. Es wurde dann festgelegt, daß für die Lohnzahlung der zwischen dem Reedereiverein zu Lübeck einerseits und dem Deutschen Transportarbeiterverband, sowie dessen Ortsverwaltung Lübeck andererseits festgelegten Lohntarif der Hafenarbeiter zu Lübeck zugrunde gelegt werden sollte. Ferner sah die Handelskammer davon ab, die Beitragsteile der Stammarbeiter (als Arbeitnehmer) für die Krankenversicherung und die Alters- und Invaliditätsversicherung in Abzug zu bringen. Die Handelskammer übernahm es, die gesamten Kosten der Sozialversicherung (Kranken-, Unfall- und Alters- usw. Versicherung) auszulegen und zu decken, soweit die Einnahmen aus dem Verwaltungszweig nicht ausreichen sollten. Die Handelskammer übernahm weiter die Verpflichtung über die Einnahmen und Ausgaben des ganzen Verwaltungszweiges monatlich mit Abschluß der jeweils angefangenen Sache, also in Zeiträumen von 4 oder 5 Wochen abzurechnen. Da seit Festlegung des Vertrages zwischen der Handelskammer und der Trägerkorporation (am 24. und 25. Januar 1917) die Löhne der Hafenarbeiter gestiegen, so war auch die Handelskammer auf Grund ihrer Zusage verpflichtet, bei den Stammarbeitern ebenfalls eine Steigerung des Wochenlohnes eintreten zu lassen; so daß der Betrag durch Gewährung von Kriegszulagen in verschiedenen Zeitpunkten von 39 Mk. auf 48 Mk. pro Woche erhöht worden ist. Ferner kam den Stammarbeitern fast ausnahmslos eine Vorarbeitervergütung von 50 Pfg. arbeitstäglich = 3 Mk. wöchentlich zugute. Für die Hafenarbeiter fand am 22. Juli d. J. eine abermalige Erhöhung des Tagelohns statt. Dieses gab dann selbstverständlich den Stammarbeitern Veranlassung, sich an den Kaiinspektor mit einem Antrage auf eine Gleichstellung in der Bezahlung ihrer Arbeitsleistung mit den Hafenarbeitern zu wenden.

In einem Anwortschreiben erklärte sich der Ausschuß der Handelskammer für die Hafengüterverwaltung bereit, in eine Erhöhung der Kriegszulage zu willigen, wenn die Trägerkorporation durch Unterschrift ihrer drei Aelterleute der Handelskammer erklärt: 1. daß die bisher von der Handelskammer gezahlten Anteile von Versicherungskosten (Arbeitnehmeranteile zu den Kranken- und Invalidenbeiträgen) fortan zu Lasten der einzelnen Träger gehen, 2. daß die Verpflichtung zur Abrechnung und zur Auskehrung etwaiger Ueberschüsse aufgehoben wird. Sobald eine solche Erklärung dem Ausschuß vorliegt, soll die Kriegszulage um 4,50 Mk. und die Ueberstundenlöhne erhöht werden. Die über 70 Jahre alten Träger beziehen ¾ der Sätze, wie sie den jüngeren gezahlt werden; die Vorarbeiterzulage beziehen sie ungekürzt. Weiter machte der Ausschuß darauf aufmerksam, welche Vergünstigungen die Träger sonst noch hätten und meint, „daß die Trägerkorporation sich dieser Leistungen der Handelskammer für die Mitglieder der Korporation und ihrer Angehörigen bewußt ist.“

Eine inzwischen stattgefundene Zusammenkunft zeitigte den geschlossenen Anschluß der Stammarbeiter an die Organisation. Es kam auch zum Ausdruck, daß das System der sogenannten Aelterleute nicht mehr der Zeit entsprechend anzusehen und man dazu übergehen wolle, sich ebenfalls, wie andere Arbeiterkategorien, im Hafen eine Lohnkommission zu wählen. Aus den Kreisen der Vorleute wurden dann 3 Kollegen bestimmt, die im Auftrage der Stammarbeiter das Fazit der Stellungnahme zu dem vorgenannten Schreiben der Handelskammer der Kaiverwaltung unterbreiten sollten. In diesem Schreiben wurde ausgeführt: „Die Stammarbeiter haben zu den von dem Ausschuß der Handelskammer für die Hafengüterverwaltung gestellten Bedingungen, unter welchen die Löhne denen der Hafenarbeiter angepaßt werden sollen, Stellung genommen und sind zu der Ansicht gekommen, daß ihnen wohl ein Recht auf bedingungslose Zahlung des Lohnes, wie derselbe ab 22. ds. Mts. den Hafenarbeitern zugestanden ist, zustehe. Bei der seinerzeit erfolgten Uebernahme der Träger als Stammarbeiter ist von den Vertretern der Handelskammer extra hervorgehoben, daß eine Schlechterstellung nicht erfolgen solle, daß die Löhne denen der Hafenarbeiter gleichzustellen seien. Wenn in der Zuschrift verlangt wird, daß der gesetzliche Teil der Kranken- und Invaliditätsbeiträge jetzt von den Stammarbeitern selbst getragen werden müsse, ferner auf Vorlegung von Abrechnungen über den Kaibetrieb verzichtet und etwa sich ergebende Ueberschüsse an die Stammarbeiter nicht ausgekehrt werden sollen, so können wir hierauf nicht eingehen. Es ist darauf hingewiesen, daß die Hafenarbeiter dieses nicht hätten und auch nicht den gewissen Wochenverdienst. Dem möchten wir entgegenhalten, daß den sonstigen Hafenarbeitern durch Akkordarbeit Gelegenheit gegeben ist, ihren Wochenverdienst bedeutend höher zu stellen, wie es den Stammarbeitern bei der Kaiverwaltung nicht möglich ist. Eine Verzichtleistung auf die von der Handelskammer zugesprochenen Vergünstigungen würde also eine noch schlechtere Stellung im Verdienst den Hafenarbeitern gegenüber bedeuten, wie sie jetzt bereits gegeben. Die Stammarbeiter haben beschlossen, der Handelskammer noch einmal schriftlich die Wünsche derselben zu unterbreiten, die dieselben für berechtigt und der Zeit entsprechend als notwendig erachten: Ab 22. Juli 1918: Wochenlohn 55,50 Mk., Vorarbeiterzulage 3,— Mk. zusammen 58,50 Mk. Ueberstunden bis 8 Uhr abends 1,35 Mk., nach 8 Uhr abends und Sonntags 1,50 Mark. Die als Vorleute bestellten Stammarbeiter erhalten pro Tag 1,80 Mk. mehr. Da die Vorleute sich Sonntags zur Empfangnahme der Papiere bei der Kaiverwaltung einzufinden haben, so erhalten dieselben hierfür eine Stunde mit 1,50 Mk. vergütet. Die von den Vorleuten gewünschten 1,20 Mk. pro Tag mehr, würde eine Gleichstellung in der Bezahlung mit den Vorleuten anderer Hafenbetriebe bedeuten. Die Fortzahlung der 3 Mk. pro Woche für die den Gefangenen zu gebenden Anweisungen ist nur eine Billigkeit, da diese Mehrentschädigung eine wohlverdiente, andererseits würde auf die Zusammenarbeit mit den Gefangenen gerne verzichtet, da dieselbe keine angenehme.“

Der Ausschuß für die Hafengüterverwaltung gab dann den Stammarbeitern bekannt, daß solange die Trägerkorporation besteht und die Handelskammer an die Mitglieder der Trägerkorporation und ihre Angehörigen sehr erhebliche Aufwendungen mache, verhandelte sie in Angelegenheiten, welche die Trägerkorporation betreffen, nur mit den Aelterleuten der Trägerkorporation. Der grundlegende Vertrag mit der Trägerkorporation vom 24./25. Januar 1917 könne nur auf dreierlei Weise zur Beendigung kommen: 1. Durch Zeitablauf; 2. Durch Kündigung seitens der Trägerkorporation oder der Handelskammer aus gewichtigen Gründen. 3. Durch Auflösung der Trägerkorporation. Da bisher nun keines dieser drei Ereignisse eingetreten sei, so habe der Ausschuß also keinen Anlaß, so zu verfahren, als ob die Trägerkorporation, welcher sie bisher das Weiterbestehen ermöglicht habe, nicht mehr vorhanden wäre. Die Stammarbeiter beschlossen dann, sich an den Titel, welche die Korporation, die ihre Interessen vertreten soll, führe, nicht klammern zu wollen, und bestimmen die gewählte Lohnkommission als Aelterleute. Des weiteren kamen die Stammarbeiter zu der Ansicht, daß mit Abrechnungen von der Handelskammer, bei welchen sie noch auf Auszahlungen von Ueberschüssen rechnen könnten, kaum zu erwarten seien, auch wolle ihnen jede sachverständige Kontrolle, ferner trugen sie auch kein Bedenken dem Wunsche der Handelskammer, die ihnen gesetzlich verpflichtende Zahlung der Kranken- und Invalidenbeiträge, zu übernehmen, da dadurch in anderer Beziehung ihnen eventuell Vorteile entstehen könnten. In diesem Sinne wurde dann der Handelskammer die Mitteilung, worauf dann eine Verständigung erzielt wurde.

Der Wochenlohn wird danach durch eine weitere Kriegszulage auf 55,50 Mk. erhöht. Ueber 70 Jahre alte Träger sollen ¾ dieses Betrages beziehen. Die Gruppenführer erhalten als Vergütung für ihre Obliegenheiten eine wöchentliche Zulage von 8 Mk. Für Vorarbeiterdienste erhalten die Träger 50 Pfg. Zulage. Die Arbeitszeit ist festgesetzt werktäglich auf 6—8, 8½—12 und 2—6 Uhr. Der Ueberstundenlohn beträgt an Werktagen von 6—8 Uhr abends 1,30 Mk., nach 8 Uhr abends und an Sonntagen 1,50 Mk. für die Stunde. Für Krankheitsfälle verbleibt es bei der bisherigen Regelung. Die für die Stammarbeiter getroffenen Vereinbarungen wurden auch für die Wochenarbeiter festgelegt. Für die Kranführer wurde ein Wochenlohn von insgesamt 58,50 Mark zugestanden. An jeden Kranführer, der vom 22. Juli bis 17. August beim Kranbetrieb beschäftigt hat, wird eine einmalige Vergütung von 15 Mk. ausgezahlt. Der Wochenlohn und Ueberstundenlohn für die jugendlichen Arbeiter wird nach Leistungen und Alter besonders bestimmt. Die Arbeitszeit in Schlutup ist festgesetzt im Sommer und im Winter werktäglich auf 6—8 Uhr, 8½ bis 12 und 2—6 Uhr. In Schlutup wird in Tag- und Nachtschicht zu je 10 Stunden gearbeitet und zwar von 7—12 und 1—6 Uhr. Den in Schlutup arbeitenden Kranführern wird für ½ Stunde längere Dienstzeit am Tage 0,65 Mk. und in der Nacht 0,75 Mk. Zulage gewährt. Der Ueberstundenlohn beträgt an Werktagen von 6—8 Uhr abends 1,30 Mk., nach 8 Uhr abends und an Sonntagen 1,50 Mark für die Stunde. Er wird in vollen und halben Stunden lohn berechnet, wobei angefangene halbe Stunden als volle halbe Stunden berechnet werden. Falls länger als bis 8 Uhr abends ohne Einlegung einer Abendbrotpause durchgearbeitet wird, wird für die durchgearbeitete Abendbrotzeit 0,65 Mk. besonders vergütet. Für Sonntagsarbeit wird eine Mindestvergütung von 2 Mk. gewährleistet. Für Krankheitsfälle verbleibt es bei der bisherigen Regelung.

Dadurch, daß die Träger sich einer modernen Organisation anschlossen und ihre Lohnbewegung in fester und geschickter Weise durchführten, haben sie Erfolge erzielt. Es ist wohl anzunehmen, daß die Trägerkorporation mit dem Motto: „Das Altertum ist unser Ruhm“ endgültig der Vergangenheit angehört.

Die Allgemeine Kaninchenschau „Lubeca“

ist heute mittag in den Stadthallen eröffnet worden. Außerordentlich zahlreich ist die Ausstellung beschickt, die ein interessantes Bild von der Entwickelung und Leistungsfähigkeit der Kaninchenzucht gibt. Hunderte von Tieren, darunter viele preisgekrönte Prachtexemplare, sind zur Schau gestellt und verdienen die Aufmerksamkeit des Publikums. Die Anordnung der Ausstellung, die die größte ihrer Art ist, die bisher in Norddeutschland gezeigt wurde, kann als sehr geschickt und übersichtlich bezeichnet werden. Rassevieh und Schlachtkaninchen der verschiedensten Art und Größe sind in besonderen Abteilungen untergebracht. Eine Ausstellung von Pelzwerk aus Kaninchenfellen verstärkt den Eindruck, daß die Rätzlichkeit der Kaninchen sich nicht in der Lieferung von wohlschmeckendem Fleisch erschöpft. So dürfte die Veranstaltung, der wir regen Besuch wünschen, viel dazu beitragen, das Interesse und Verständnis für die Kaninchenzucht zu verstärken und zu vermehren.

Ein Loewe-Balladen-Abend des Kammersängers Hermann Gura fand gestern im Marmorsaal den Beifall eines ziemlich zahlreichen Publikums. Gura, dessen Organ mit etwas heiser und reizlos klingt, wirkt vor allem durch die dramatische Belebtheit des Vortrages. Deshalb gelingen ihm auch besser Balladen, die wuchtige Akzente erfordern, als mehr lyrische. „Odins Meeresritt“, „Die Lauer“ und als Zugabe „Queska“ seien als besonders eindrucksvoll hervorgehoben. Daß ihm auch der Humor nicht abgeht, bewies der Künstler in einigen anderen Gesängen. Alfred Simon war sein vortrefflicher Begleiter am Flügel.

Panzerrettungsringwerke. In das hiesige Handelsregister wurde am 9. Oktober 1918 eingetragen die Firma: Panzerrettungsringwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck. Gegenstand des Unternehmens ist die Verwertung folgender Erfindungen des Fabrikanten Ledermann aus Charlottenburg: des Rettungsrings „Panzer“, des Schwimmlehr- und Rettungsapparats „Flotte“, des unsinkbaren Rettungsboots „Hedda“, von Dachpappe ohne Teer, von Gummiersatz und einer Vorrichtung zur Verhinderung des Filmflimmerns, sowie etwaiger weiterer Erfindungen des Fabrikanten Ledermann. Stammkapital: 20 000 Mk. Geschäftsführer: Kaufmann Johann genannt Hanns Friedrich Jakob Aichele in Lübeck, Fabrikant Leopold genannt Leo Ledermann in Charlottenburg. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 16. September 1918 festgestellt. Die Gesellschaft ist auf die Dauer von 15 Jahren, gerechnet vom 1. Januar 1919 an, begrenzt. Kündigt ein Gesellschafter nicht mindestens ein Jahr vor Ablauf der Vertragszeit, so läuft die Gesellschaft immer auf ein Jahr weiter. Der Fabrikant Ledermann bringt als Sacheinlage folgende Erfindungen in die Gesellschaft ein: Rettungsring „Panzer“, Patent; Schwimmlehr- und Rettungsapparat „Flotte“, Patent; unsinkbares Rettungsboot „Hedda“, Dachpappe ohne Teer, Gummiersatz, zum Patent angemeldet; Vorrichtung zur Verhinderung des Filmflimmerns. Der Wert dieser Einlage ist von der Gesellschaft mit 15 000 Mk. eingesetzt.

Plattdeutsche Rezitationen. Für den besonders in den kriegswirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Teil unserer Bevölkerung finden, wie hier schon mitgeteilt wurde, in diesem Winter an Sonntagnachmittagen wieder künstlerische Veranstaltungen statt. Den Reigen eröffnet am 13. Oktober, nachmittags 4½ Uhr, Herr August Voß aus Hamburg mit plattdeutschen Rezitationen. Wer ihn im letzten Winter gehört hat, weiß, welch feine Persönlichkeit in ihm zu bewerten ist. Er bringt auch diesmal wieder

eine Fülle goldenen Humors, wenn er aus Werken von Lau, Droste, Claudius und Kienau liest. Karten sind auch am Sonntagnachmittag noch im Marmorsaal (Beckergrube) erhältlich.

Im Hansa-Theater ging gestern abend vor gut besuchtem Hause neu einstudiert die Operette „Drei alte Schachteln" in Szene. Die lebendige Aufführung wurde sehr freundlich aufgenommen.

Hamburg. Lohnbewegung auf den Hamburger Seeschiffswerften. Aus zuständigen Gewerkschaftskreisen erhält das „Hamb. Echo" die Mitteilung, daß die Werftbesitzer in einer am Montag, dem 7. Oktober, stattgefundenen Zusammenkunft beschlossen haben, daß mit dem Beginn der Lohnperiode vom 21. bis 26. Oktober cr. laufend eine Erhöhung der Löhne für Lohnarbeiter um 8 Pfg. und Akkordarbeiter um 5 Pfg. eintritt. Die Akkordpreise sollen demgemäß ebenfalls erhöht werden, soweit sie nicht aus dem üblichen Rahmen herausfallen. Diese Mitteilungen überraschen in Gewerkschaftskreisen keineswegs, ist doch bekannt, daß speziell in der letzten Zeit mit den Werften über größere Aufträge beziehungsweise deren Ausführung verhandelt wird und daß bei diesen Verhandlungen die Lohnfrage und ihre Gestaltung für die Arbeiter eine erhebliche Rolle spielten. Beeinflußt wurde, dies kann mit Bestimmtheit behauptet werden, die Stellungnahme zu den Lohnproblemen für die Werftarbeiter höheren Orts durch unsere am Sonntag, 29. September, aus Gewerkschaftskreisen gebrachte Notiz „Des Kaisers Dank statt Lohnerhöhung". Daß die Werftarbeiter sich mit diesen Zugeständnissen, trotzdem sie erheblich über die bei den Verhandlungen im Juni d. J. vereinbarten hinausgehen, im allgemeinen zufrieden geben, wagen wir zu bezweifeln. Nicht die Lohnerhöhung allein löst eine Befriedigung bei den Werftarbeitern aus, wenn nicht ein Akkordwesen geschaffen wird, das den Arbeitern im allgemeinen eine bessere Verdienstmöglichkeit sichert. An eine Regelung des Akkordwesens gehen die Werften prinzipiell nicht heran. Solange nicht von seiten der Werften eine Regelung der Akkordarbeit insofern geschaffen wird, daß bei fleißiger Arbeit ein bestimmter Mindestverdienst zu erzielen ist und man sich lediglich nur auf Erhöhung der Löhne festlegt, ist dies weiter nichts als ein Blendwerk, um nach außen hin zu zeigen, daß den Werften tatsächlich das Wohl der Werftarbeiter am Herzen liegt. Will man von seiten der Werften, daß die Klagen der Werftarbeiter verstummen sollen, so muß eine grundlegende Regelung im Akkordwesen geschaffen werden. Der Begriff „über den üblichen Rahmen nicht hinausfallen", wie er auch bei diesen Zugeständnissen wieder zum Ausdruck kommt, ist sehr weitgehend und läßt eine Verschleierung der Dinge ohne weiteres zu. Leider können wir aus dem Beschluß der Werften nicht ersehen, daß die Akkorde, an denen man in der letzten Zeit erhebliche Abzüge gemacht hat, trotzdem sie nicht aus dem üblichen Rahmen herausgefallen sind, wieder auf ihren alten Preis gebracht werden sollen.

Hamburg. Erstickungstod durch Kohlensäure. Der Maschinist Hermann Tölle wurde im Eismaschinenraum der Werkstätten der Hamburg-Amerika-Linie auf Kuhwärder leblos aufgefunden. Wiederbelebungsversuche waren vergeblich. Die Aerzte sind der Ansicht, daß T. durch die Einwirkung von Kohlensäure zu Tode gekommen ist, die der Eismaschine entströmt ist.

Kiel. Von der Straßenbahn totgefahren wurde am Hasseldieksdammerweg am Mittwoch vormittag der kleine Sohn eines Ingenieurs.

Bremen. Um das Wahlrecht zur Bürgerschaft. Die sozialdemokratische Fraktion hat folgenden Antrag beim Bürgeramt eingebracht: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Verfassungsdeputation anzuweisen, mit aller Beschleunigung ihre Arbeit zu fördern und über den das Wahlrecht zur Bürgerschaft betreffenden Teil der ihr gestellten Aufgabe nunmehr vorab raschmöglichst Bericht zu erstatten.

Rüstringen. Zum Tode verurteilt wurde vom Kriegsgericht der Matrose Rapp, der vor einiger Zeit die Straßenbahnschaffnerin Martha Fritsche im Kanal ertränkt hat. Der Angeklagte ist 19 Jahre alt, stammt aus sehr guter und frommer Familie und scheint die Tat aus Furcht davor, seinen Angehörigen die Schwängerung der Fritsche durch ihn mitteilen zu müssen, begangen zu haben. Das Gericht hat angenommen, daß er die Tat mit Ueberlegung und Absicht begangen hat.

Oldenburg. Die oldenburgischen Lehrer zur Einheitsschule. In Oldenburg beschäftigte sich eine Landeslehrerkonferenz mit der Einheitsschule. Nach dem Vortrage des Hauptlehrers Meyer-Holle wurde folgende Entschließung angenommen: „Nationalwirtschaftliche, sozial-ethische und pädagogische Erwägungen fordern eine Reform unseres gesamten Bildungswesens. Die verschiedenen Schulgattungen, die jetzt zusammenhanglos nebeneinander bestehen, müssen miteinander in Verbindung gebracht und zu einem einheitlichen, organisch gegliederten Ganzen zusammengestellt werden. Die Vorbedingung einer solchen Schulreform ist die Einrichtung der allgemeinen Volksschule unter Beseitigung der öffentlichen Vorschulen sowie der Elementarklassen an den öffentlichen Mittel- und Bürgerschulen." Ein Ergänzungsantrag forderte die Herabsetzung der Schülerzahl in den Klassen der Volksschule von 70 auf 40 und eine Einrichtung von Begabtenklassen mit dreijährigem Kursus, der die Kinder in die Untertertia einer Realschule führt. — Zu der Frage: Simultan- oder Konfessionsschule? forderte die Versammlung „aus nationalen, sozialen und pädagogischen Gründen, daß die Gemeinden mit konfessionell gemischter Bevölkerung das Recht erhalten, Simultanschulen einzurichten."

Soziales.

Ein Erfolg der „Volksfürsorge".

Die Wettbewerbsklage der „Volksfürsorge" gegen den Generallandschaftsdirektor Kapp hat jetzt das Reichsgericht beschäftigt. Die „Volksfürsorge" (Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft) in Hamburg erfuhr bekanntlich von Anfang an seitens ihrer Gegner heftige Anfeindungen und Gegenbestrebungen. So führte auch die der ostpreußischen Landschaft angegliederte Lebensversicherungsanstalt als besonderen Versicherungszweig die Volksversicherung ein. In dem im Juli 1913 veröffentlichten Verwaltungsbericht dieser landschaftlichen Lebensversicherung für das Jahr 1912 finden sich nun einige gegen die „Volksfürsorge" gerichtete Bemerkungen; u. a. ist darin gesagt, „jeder ihrer (d. h. der „Volksfürsorge") Hypothekenschuldner werde auf seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie geprüft werden; bei dem Terrorismus, der bei dieser Partei herrsche, werde jeder Schuldner damit rechnen müssen, daß ihm das Hypothekenkapital gekündigt werde, wenn er seine Stimme bei den Wahlen nicht der Sozialdemokratie gebe" usw. Die „Volksfürsorge" erblickt in diesen nach ihrer Behauptung unwahren Angaben einen unlauteren Wettbewerb gegen ihr eigenes Versicherungsunternehmen. Sie hat deshalb gegen den Unterzeichner des Berichts, den Generallandschaftsdirektor Geheimen Oberregierungsrat Dr. Kapp in Königsberg auf Grund des Wettbewerbsgesetzes Klage auf Unterlassung der Verbreitung des Verwaltungsberichts mit den beanstandeten Bemerkungen erhoben. Der Beklagte Kapp machte demgegenüber geltend: Der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten sei für diese Klage unzulässig, da die landschaftliche Lebensversicherungsanstalt kein privates, sondern ein öffentlich-rechtliches Institut und er als Direktor derselben mittelbarer Staatsbeamter sei, der wegen seiner dienstlichen Tätigkeit nicht privatrechtlich haftbar gemacht werden könne.

Landgericht und Oberlandesgericht Königsberg haben aber diesen Einwand der Unzulässigkeit des Rechtsweges verworfen. Zwar sei die landschaftliche Versicherungsanstalt eine gemeinnützige Anstalt öffentlichen Rechts und deshalb die von ihr vorgenommene Einrichtung der Volksversicherung ein Akt der Staatshoheit. Daraus folge aber nicht, daß auch alle Erklärungen der Organe der Versicherungsanstalt Akte der Staatshoheit seien. Die Anstalt habe vielmehr, wenn sie auch eine öffentlich-rechtliche sei, daneben doch auch einen privatrechtlichen Charakter, den sie mit allen Versicherungsgesellschaften teile. Es sei verständlich, daß sie zur Förderung ihrer Interessen eine umfangreiche Werbetätigkeit entfalte; wenn sie das aber tue (und auch der Verwaltungsbericht diene dieser Werbetätigkeit), so übe sie damit nicht staatliche Hoheitsrechte aus. Enthalte die Werbetätigkeit einen unlauteren Wettbewerb, so sei für eine deswegen erhobene Klage der Rechtsweg nicht ausgeschlossen.

Das Reichsgericht hat dieses Urteil bestätigt und die von dem Beklagten Kapp eingelegte Revision zurückgewiesen. — Das Landgericht Königsberg wird sich nunmehr weiter mit der Sache zu befassen und materiell zu prüfen haben, ob ein unlauterer Wettbewerb vorliegt.

Die Lage der Alters-, Invaliden- und Unfallrentner. Reichstagsabgeordneter Genosse Meier-Zwickau richtet an den Reichskanzler folgende Anfrage: Angesichts der fortgesetzten Preissteigerungen der notwendigsten Lebensmittel und aller sonstigen unentbehrlichen Gebrauchsgegenstände befinden sich die Alters-, Invaliden- und Unfallrentner in einer sehr schlimmen Lage, die auch durch die ab 1. Februar d. Js. bewilligte Zulage nicht wesentlich gemildert worden ist. Dadurch wird es diesen Rentenbeziehern unmöglich gemacht, auch nur die gewiß nicht allzu reichlich rationierten Lebensmittel zu kaufen. An Beschaffung auch nur der notwendigsten Kleidung, Schuhwerk usw. kann nicht gedacht werden. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um alsbald eine wirtschaftliche Besserstellung dieser armen Rentenbezieher herbeizuführen?

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Unhaltbare Zustände

herrschen auf dem hiesigen Schlachthof, Zustände, die manchmal Zweifel darüber aufkommen lassen, ob man sich als Arbeiterin auf dem Schlachthofe in einem freien Arbeitsverhältnis oder in einer Strafanstalt befindet. Die dort arbeitenden Frauen und jungen Mädchen müssen sich beim Verlassen der Arbeitsstelle einer Leibesvisitation unterziehen. Zum mindesten müssen die Frauen und jungen Mädchen die Brust entblößen. Die Frau, welche visitiert, geht hierbei derart vor, daß Korsetts aufgerissen und Hemden beschädigt worden sind. In der letzten Zeit ist es sogar vorgekommen, daß die Arbeiterinnen sich bis auf das Hemd entblößen müssen. Welche Gefühle das bei den Frauen und jungen Mädchen auslöst, braucht hier nicht geschildert zu werden. Kommen dann gelegentlich, wie wir das auch schon erlebt haben, Männer in die Visitationsbude herein, die dann ihre manchmal nicht sehr sauberen Witze reißen, dann kann sich jeder denkende und fühlende Mensch ausmalen, welche Gedanken uns hierbei beschleichen. Hierin muß unbedingt im Interesse der Arbeiterinnen Wandel geschaffen werden. Ferner ist scharf zu rügen, daß man, wenn nun einmal visitiert werden soll, nicht Vorkehrungen trifft, daß die Visitationen schneller erledigt werden, damit wir von unserer knappen Mittagszeit nicht noch etwas einbüßen, und daß wir ferner vor den Unbilden der Witterung geschützt werden. Wir harren manchmal mit 60 Frauen der Visitation; zu 4 müssen wir uns draußen, unbekümmert um das Wetter, im Freien aufstellen, um dann einzeln in die Bude zur Visitation hereingelassen zu werden. So büßen die letzten 10, 15 und mehr Minuten von ihrer Mittagszeit ein. Kommen sie dann zu spät zur Arbeit, dann regnet es Strafgelder, von denen wir nicht wissen, in wessen Interesse sie verwendet werden. Wir sind der Meinung, daß auch wir Frauen und jungen Mädchen ein Anrecht auf eine Behandlung haben, die uns in unserer Menschenwürde nicht verletzt. Hoffentlich tragen diese Zeilen zur Abänderung der gerügten Mißstände bei.

Mehrere Arbeiterinnen des Schlachthofes.

Unsere öffentlichen Gärten

befinden sich gegenwärtig, das muß der Naturfreund mit tiefer Betrübnis feststellen, in einem Zustand arger Verwahrlosung. Die Bänke sind teilweise gestohlen oder zertrümmert, Gebüsche niedergetreten, abgebrochene Aeste hängen von den Bäumen herab. Kinder, aber namentlich junge Leute, treiben ihr Wesen in voller Ausgelassenheit. Weist man letztere im Betretungsfalle auf das Verwerfliche ihrer Handlungsweise hin, so bekommt man — wie es Schreiber dieses im Frühjahr bei der vandalischen Plünderung von blühenden Fliedersträuchern passierte — zur Antwort: Im Kriege ist alles erlaubt! Einen besonders schweren Fall von Zerstörung der Anlagen aber mußte ich an gestrigen Abend an der vorstädtischen Seite der Kanalanlagen sehen. In tiefster Dämmerung bemerkte ich eine Frau mit einem Sacke in der Hand. Aus dem hohen Gebüsch ertönte ein fortwährendes Knacken und Knaben kamen heraus und reichten der Frau abgebrochene Zweige, die diese in den Sack tat. Jedenfalls sollen die Zweige als Feuerungsholz dienen. Wenn auch die Not groß ist und manche Familie bei den hohen Preisen für Feuerungsmaterial sich solches fast gar nicht kaufen kann, so ist ein solcher Vandalismus, unterstützt von erwachsenen Personen, doch auf jeden Fall unverzeihlich. Man sollte doch bedenken, daß in dieser trüben Zeit die Schönheit und Unverfälschtheit der Natur — denn Kriegsersatz bietet diese noch nicht — wohl noch das einzige ist, woran sich der bedrückte Mensch erfreuen kann. Darum sollte jeder sein möglichstes dazu beitragen, daß uns diese Stätten der Erholung und Erbauung erhalten bleiben.

J.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gelesene Nummern des „Volksboten"

bitten wir nicht wegzuwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Bekanntmachung.

Personen, welche auf den Abschnitt 41 der Bezugskarte für Eier

1 Auslands-Ei zu 60 Pfg.

noch nicht erhalten haben, können am 11. und 12. Oktober bei folgenden Händlern, so lange der Vorrat reicht, den Abschnitt einlösen:

Buck, Ludwig, Gr. Gröpelgrube 53
Hempel, W., Hansastr. 33a
Henck, Ernst, Mühlenstr. 50
Jenkel, Friedr., Fritz-Reuterstr. 2
Lüth, Ernst, Moltkeplatz 15
Müller, Friedr., Marlistr. 80
Philipp, H., Fackenb. Allee 90
Roßbach, H., Fackenb. Allee 19
Schwedt, Franz, Gr. Burgstr. 29
Schütt, E., Körnerstr. 5
Tews, Martin, Adolfstr. 7
Runge, Frau M., Travemünde, Kurgartenstr. 111
Westphal, A., Travemünde, Vorderreihe 38
Westphal, Frl. Joh., Travemünde Vorderreihe 29.

Lübeck, den 10. Oktober 1918. 4959

Das Polizeiamt

Kleine Schiffe in der Flasche zu kaufen gesucht. (4964
Untertrave 14.

Zu kauf. ges. Carbidlampe.
Angebote mit Preis unter **R H** an die Exped. ds. Bl. (4967

Achtung, Friseure!
Männerschnitthaar p. Kilo 3.— Mk. kauft
Albert Schütt, Lübeck,
4953) Königstr. 62, part.

Prima
Spiralfeder - Matratzen
in allen Größen zu bill. Preisen.
Vereinigte Möbel-Kaufhäus.
Königstraße 73, Ecke Hüxstraße, und Hüxstraße 47. (4961

J. H. Pein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.
4952
Beste Bezugsquelle für erstklassige
:: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten
Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

LEDERSOHLE
Hansa D. R. G. M.
hergestellt aus Spaltleder, staatlich begutachtet, Preise staatl. festgelegt, jahrelang best. bewährt, leicht, elastisch, Sohlenschoner haltend, wasserdicht.
Verkaufsstellen:
Schlumacherstr. 6.
Reiferstr. 3.
Fackenburger Allee 48.
Meierstr. 29.
4954

Feldpostkartenbriefe
sind vorrätig.
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Stadttheater Lübeck.
Spielzeit 1918/19.
4965
Freitag, den 11. Oktober
Carmen.
Oper in 4 Akten von Bizet.
Anfang 7 Uhr.
2. Vorstellung im Freitag-Ab.
Sonnabend, den 12. Oktober
Undine.
Romant. Zauberoper v. Lortzing
Anfang 7 Uhr
Sonntag, den 13. Oktober
Die Räuber.
Anfang 2½ Uhr.
Tannhäuser.
Anfang 7 Uhr.

Ernestinenschule.
Aufnahmeprüfung Montag, den 14. Oktober ds. Js.
3 Uhr.
Beginn des Unterrichts Dienstag, den 15. Oktober
2.30 Uhr.
Sprechstunden des Direktors: bei Nachmittags-Unterricht bis 5.30 Uhr, Vormittags-Unterricht von 12—12.30 Uhr an allen Schultagen außer Sonnabends. (4963

Reisende, auch Damen,
sofort gesucht. (4962
J. Petersen sen.,
Flensburg. Fernruf 1077.

Laufmädchen gesucht. 4900
Meld. Sonnab. 5-7. Brockesstr. 8, II.

Dr. Klotz
Direktor des Kinderhospitals und staatlicher Kinderarzt. 4956
Sprechstunde 3—4 Uhr nachm. im Kinderhospital.

Haltbare Hosenträger
mit Leder und gutem Gummi
Aug. Janensch,
Sandstraße 6. (4955

Freibank. Ausgabe v. Freibankfleisch am Sonnabend, d. 12. Okt., vorm. 9 Uhr. Der Verkauf findet auf dem öffentlichen Schlachthofe
nur gegen Fleischmarken
statt. Auf jede Karte gelangt die doppelte Menge z. Ausgabe. (4960

Rechnungs - Formulare
werden hergestellt in der
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Hansa-Theater.
Freitag abend 7 Uhr:
Die ungetreue Adelheid.
Operette von Franz Werther.
Sonnabend:
Die Csardasfürstin.
Sonntag 3½ Uhr:
Schwarzwaldmädel.
Abends 7 Uhr: (4958
3 alte Schachteln.

Brauereien
Brauerei zur Walkmühle
Hansa-Brauerei A. G.
Lübeck.
Trinkt
Lübecker Vereins-Bräu

Bavaria-Brauerei

Praktischer Wegweiser
Zur gefl. Beachtung empfohlen

Holstenstr. 2
Ecke Schüsselbud.

Fleisch- und Wurstwaren
Julius Schober
Feinste Wurstwaren

August Scheere
G. m. b. H.
liefert das Feinste in allen Wurstwaren.

Lederhandlungen
Carl Rohde Hundestr. 64
Sohlenschnitt, Bedarfsartikel
Pelz-Ser...

Heinr. Schlüter Glandorpstraße 7
Sohllederausschn.

Kenner bevorzugen
das gute Lübecker Bürgerbräu
Aktienbierbrauerei Lübeck

Eutin
Mühlenfabrikate

Ratzeburg
Ratzeburger Aktien-Brauerei

Nr. 239
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Freitag, den 11. Oktober 1918

Das neue Deutschland und der Frieden.

Der Chefredakteur des Transozean-Nachrichtendienstes befragte Maximilian Harden, (vor der Antwort Wilsons) welche Wirkung nach seiner Meinung die deutsche Parlamentarisierung und das Friedensangebot in Amerika ausüben werde. Harden führte aus:

Ich bin gewiß, daß Präsident Wilson nicht kleiner sein wird als sein Schicksal, das die größte Entscheidung aller Weltgeschichte ihm in die Hand gegeben hat. Nicht ihm allein — als Vormann und Sprecher der Vereinigten Staaten von Amerika muß und will er in Eintracht mit den zu gemeinsamem Kampf verbündeten Völkern handeln. Erstens aber darf Blutnebel und Lügengespinst unser Auge nicht darüber täuschen, daß auch im Rat der europäischen Nationen Männer von sittlichem Adel und Menschenliebe sitzen. Und zweitens vermag heute kein Sterblicher so wie der Mann, der einst seiner Ueberzeugung wegen aus dem Präsidium von Princeton schied, keiner so wie der Redner von Mount Vernon und Neuyork, wie Washingtons echter Erbe, alle pazifistischen, alle sittlichen Kräfte der Menschheit für die Vertretung seines Glaubens zu mobilisieren.

Wilsons Programm ist von allen Sozialistenparteien, dann auch von allen Regierungen der gegen das Deutsche Reich von 1914 verbündeten Mächte als Basis dauernden Friedens und neuer Weltordnung angenommen worden. Als solche hat auch Deutschland es nun akzeptiert.

Ein neues Deutschland, das den ehrlichen Willen hat, von dem Zweibund der Machtsucht und der Raubgier, von dem Dreibund Nationalismus, Imperialismus, Militarismus sich zu lösen und, in würdiger Freiheit, mit dem Recht auf unbegrenzte Selbstbestimmung seines Schicksals, sich in die Menschheit einzuordnen, ein edles, nützliches tätiges Glied im Körper der still schon werdenden Völkergesellschaft zu sein.

Niemals habe ich für irgend ein Friedensangebot der kaiserlichen Regierung mich eingesetzt. Auch der ersten deutschen Volksregierung stehe ich fern, bin nicht ihr Sachwalter, spreche und schreibe nicht in ihrem Auftrag oder auf ihr Ersuchen. Doch als unabhängiger Bürger und Publizist bekenne ich mit reinem Gewissen den Glauben an den redlichen Willen dieser deutschen Volksregierung, ihr Wort Tat werden zu lassen und unwürdige Zweideutigkeit, jämmerlichen Hinterhalt wie Pesthauch zu meiden.

„Waffenstillstand ist möglich. Nirgends Unentbehrliches noch zu erkämpfen; nichts, wodurch des Kampfes Kraftaufwand zugänglich belohnt würde. Dessen Zweck und Ertrag kann nur sein: Die Wandlung sumpfigen, von Haß umwölkten, von Neid umzügelten Bodens in die helle Wohnstatt freier, aus eigenem Recht schaffender, drum fremdes Recht achtender Menschen." Diese Sätze stehen in dem von mir im April 1916 geschriebenen Artikel „Wenn ich Wilson wäre", dem der Senat der Vereinigten Staaten durch Beschluß vom 7. September 1916 die Aufnahme in den Congressional Record zuerkannt hat.

Wieder sage ich heute: Waffenstillstand ist möglich. Und ich darf hinzufügen: die Stunde findet das sich erneuernde Deutschland zu einem Frieden reif, der, weil er die Erde entmilitarisiert und von den Seuchenkeimen des Nationalhasses und der Herrschgier entgiftet, Dauer verheißt.

Weil die einander feindlichen Nationen jetzt von einander abgesperrt, und weil Optik und Akustik amerikanischen und deutschen öffentlichen Lebens noch tief verschieden sind, bleiben Zweifel begreiflich. Und es versteht sich, daß jede Bürgschaft-Forderung, die billig ist, also keinen Vorvertragspartner ungebührlich begünstigt und überall sogar den Schein gewollter Demütigung meidet, von willigem Herzen erfüllt werden wird.

Das neue Deutschland will die Sühnung jedes erwiesenen Unrechtes, auch das seinen früheren Regierern etwa nachzuweisenden; aber es würde sich leidenschaftlich gegen den Versuch wehren, Fehler und Mißgriffe einzelner, die, da oder dort, bisher heimlich das Staatsgeschäft führten, an Ehre und Gut der Völker zu rächen, die in diese Geschäftsführung nicht hineinreden durften, kaum hineinblicken konnten. Wie auch über die Genesis des Krieges einst der Spruch des Weltgerichts lauten möge: Die Masse des deutschen Volkes hat ehrlich geglaubt, zur Verteidigung ihrer gefährdeten Heimatrechte aufgestanden zu sein. Sonst hätte sie nicht so unbrechbar gekämpft, nicht so geduldig an Seele und Leib gelitten.

Das neue Deutschland will, daß Staatsmoral fortan streng demselben Gesetz folge wie Einzelsittlichkeit. Aber es müßte sich gegen den Versuch sträuben, die Bindekraft des Rechtssatzes, der den Ertrag kriegerischer Eroberung geraubtem Gut gleichstellt, willkürlich von einem beliebig gewählten Zeitpunkt aus zu datieren. Manches Staatsgebilde ist durch Eroberung entstanden. Wir wollen, daß solche Entstehung unmöglich werde. Aber wir können den Spruch nicht als gerecht empfinden, der alles bis 1871 irgendwo durchs Schwert Erworbene sanktioniert und nur den Ertrag dieses Kriegsjahres als Raubgut ächtet.

Dennoch: Waffenstillstand und Friede sind sofort möglich, und deshalb notwendig. Nirgends ist noch ein Punkt, über den gerechte Verständigung nicht leicht erreichbar wäre. Alle nationalen Probleme müssen, wie religiöse, vom Staatszwang erlöst, dem Selbstbestimmungsrecht der Stämme und der Einzelpersönlichkeit überlassen, alle Wirtschaftsgrenzen dem Völkerbedürfnis, nicht mehr dem in einer versinkenden Weltordnung von Kriegszufall bestimmten politischen Grenzen angepaßt werden. Und das Ziel aller Neuerung muß die Läuterung der Menschheit sein: Denn nur ihr frohes Gedeihen sichert jeder Nation die Atemfreiheit.

Freiheit ist Kraft. Auf diesem Grundsatz steht die deutsche Volksregierung. Daß sie den Trennungsstrich, der sie von Gewesenem, Verwesendem scheidet, nicht noch dicker ziehen durfte, wird die Weitsicht der Amerikaner begreifen. Noch ist Krieg; niemand weiß, ob er morgen enden kann.

Vor dem Ohr der Welt hat Präsident Wilson gefragt: „Wollt ihr die Weltordnung, deren Umriß ich euch hier zeichne?" Deutschland (und die ihm Verbündeten) hat geantwortet: „Ja." Wie Persianis den Rat, den Leichnam des Mardonius ans Kreuz zu schlagen, weil Leonidas gekreuzigt worden sei, als schwächlichen Schimpf empfand, so, das ist meine Zuversicht, würde Woodrow Wilson den Vorschlag, grausame Gewalt mit gleicher zu vergelten, mit Grausamerem zu überbieten, aus empörtem Herzen abwehren. Er und seine Sozien wissen, daß Deutschland nicht besiegt ist, daß, ehe es besiegt werden könnte, noch viel unersetzliches Menschenblut fließen, viel heiliger Menschheitsbesitz vernichtet werden müßte und daß auf Trümmern und neuen Leichenfeldern ihr Ideal nicht Wirklichkeit würde. Sie werden die mühsam in stillem, doch schwerem Geisterkampf gezimmerte Wiege deutscher Demokratie nicht durch die Wucht unziemlicher, ungerechter Forderungen zerbrechen. Sie werden nicht so blind, nicht vom Rausch des Waffenerfolges so dicht umnebelt sein, daß sie das einzige Mittel zur Wiederbelebung der überwundenen militaristischen Kräfte wählen, den Versuch irgendwelcher Demütigung, die das deutsche Volk erst in völliger Ohnmacht hinnehmen könnte, und die auch dann ihm ein neues „Kriegsziel" aufzwänge. Dieses Volk aber will keine Kriegsziele mehr; will nicht neue Kriege, will nur würdigen Menschheitsfrieden noch bereiten.

Ich bin gewiß, daß Präsident Wilson nicht kleiner sein wird, als sein Schicksal. Ich glaube inbrünstig an die Neue Welt, an die Heiligung der Menschheit zu edler Gemeinschaft, an freudige Erdverjüngung nach dem Graus der Sintflut.

Trotzki über Japan, Amerika und Bulgarien.

In einer Sitzung, die das Zentralexekutivkomitee der Sowjets am Montag letzter Woche abhielt, sprach sich Trotzki im Verlauf von längeren Ausführungen über Rußlands Kriegslage ziemlich optimistisch aus. Er sagte laut „Rosta":

Noch niemals war unsere Partei und die ganze Sowjetmacht so einig wie jetzt, während in den Reihen unserer Gegner eine starke Zersetzung stattfindet. Damit will ich gewiß nicht sagen, daß überhaupt keine Gefahr mehr besteht, aber sie ist nun in die Ferne gerückt und das ist ein großer Gewinn für uns. Wir erhalten dadurch eine große Atempause. Jetzt kann keine Rede mehr davon sein, daß in einer nahen Zukunft eine militärische Katastrophe über uns hereinbricht. Die weißgardistischen Zeitungen schreiben schon jetzt von den englisch-französischen Landungstruppen wie von einer entschwundenen Hoffnung, und ihre Blicke sind ostwärts nach Japan und Amerika gerichtet. Von dort droht oder kann zweifellos eine Gefahr drohen. Doch diese Gefahr ist von uns durch viele Tausende Kilometer getrennt. Wir können den ganzen Winter zur Stärkung unserer Truppen verwenden, und die von uns eingenommenen Städte werden sofort nach allen Regeln der Kunst stark befestigt. Und selbst wenn man annimmt, daß die Japaner und Amerikaner zur Unterstützung der Tschechoslawen und Weißgardisten bis zum Ural vorrücken werden, so werden sie noch vor dem Frühjahr dort einen starken Wall unseres Widerstandes vorfinden. Sie müssen ihren Weg durch ein riesiges Land zurücklegen, wobei sie keine Rückendeckung haben. Und sie werden links und rechts von dem durch sie besetzten schmalen Landstreifen an der Eisenbahn nur Feinde sehen, die zu allem bereit sind, um ihr Land und Brot zu verteidigen. Die Japaner und die Amerikaner müssen einen ungeheuren Troß hinter sich herschleppen, und wie reich die technischen Hilfsmittel der Amerikaner auch sein mögen, und wie mächtig der japanische Militarismus auch ist, so werden sie doch viele Wochen und Monate gebrauchen, um durch das riesige Sibirien an die Grenzen Europas zu gelangen. Gegenwärtig hat zwischen Japan und Amerika ein Abkommen stattgefunden. Seine Bedeutung und seine Bedingungen sind uns unbekannt. Wir haben im Laufe des Krieges Beispiele gesehen, wo Verbündete sich in erbitterte Gegner verwandelten; und je mehr wir uns dem Ende des Weltkrieges nähern, desto öfter werden solche Verwandlungen stattfinden. Ob die Uebereinstimmung Amerikas mit Japan noch bis zum Frühjahr dauern wird, kann kein Prophet vorhersagen, und wie weit sich bis dahin die inneren Widerstände in beiden Ländern entwickeln werden, ist unbekannt; denn noch vor einem Monat konnten wir in Japan eine riesige Bewegung von Millionen von Arbeitern beobachten. Diese Tatsache ist äußerst bemerkenswert.

In der Sitzung wurde auch über die Lage in Bulgarien berichtet. Eine Resolution wurde angenommen, in der das Zentralexekutivkomitee der Sowjets das bulgarische und das serbische Proletariat und die Bauernschaft begrüßt. In der „Iswestija" wurde letzthin gesagt: „Die bulgarische Partei der Tesnjaki ist im Laufe der letzten beiden Jahre eine Massenkraft in diesem Bauernlande geworden. Die bulgarische sozialdemokratische Revolutionspartei, zu der vor dem Kriege nur die Arbeiter Bulgariens gehörten, hat im Laufe des Krieges das Vertrauen großer Bauernkreise gewonnen, und wir sind heute fest überzeugt, daß diese energische junge Partei als ein Element, das die bulgarische Regierung zum Ausscheiden aus diesem Kriege drängt, eine wichtige Rolle spielt." Trotzki äußerte, das Ausscheiden Bulgariens stärke zwar die jetzigen Gegner Rußlands, aber er maß dem kein großes Gewicht bei.

Gegen die Vaterlandspartei.

Der „Volksbund für Freiheit und Vaterland" veröffentlicht folgende gegen die Vaterlandspartei gerichtete Erklärung:

„Der Vorstand der Deutschen Vaterlandspartei erläßt einen Aufruf, der in der gegenwärtigen ernsten Stunde das deutsche Volk auffordert, seine ganze Kraft zusammenzureißen. Würde dieser Aufruf nicht anderes besagen, so könnte ihm der Volksbund für Freiheit und Vaterland ohne weiteres beitreten. Aber er enthält außerdem noch die alten reaktionären Ziele der Vaterlandspartei, den Haß gegen die volkstümliche Politik der Reichstagsmehrheit und ebenso auch einen deutlichen Angriff gegen die Stuttgarter Rede des Herrn v. Payer, die zusammen mit anderen Regierungserklärungen als eine Kundgebung bezeichnet wird, die unseren Feind mit Genugtuung erfüllen müsse. —

Wir protestieren aufs schärfste gegen diese Verantwortungslosigkeit, die unter dem Schein, das Volk zu einigen, es in Wirklichkeit nur auseinandereißt, die in einer Zeit, wo es darauf ankommt, jeden Staatsbürger eng am Staate zu beteiligen, innere Reformen verwirft und damit die Voraussetzung des äußeren Widerstandes bis zum Letzten. Auch in einem Telegramm an den Kaiser schleudert die Vaterlandspartei offenkundige Verdächtigungen gegen die Reichstagsmehrheit. Um Zustimmung zu dem Kaisertelegramm durch Listenunterschrift wird in dem Aufruf gebeten. Diese Sammlung von Unterschriften kann ebenfalls nur wieder den entschlossenen Willen des deutschen Volkes zersplittern. Es liegt die Gefahr nahe, daß sie in Bureaus und Werkstätten unter leisem oder lautem Zwang erfolgt, und daß sich damit die beschämenden Vorgänge wiederholen, die schon bei Gründung der Vaterlandspartei festzustellen waren. Damit aber wird auch der eigen-

---

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

22. Fortsetzung.

Ein triebhaftes Verlangen drängte ihn jetzt immer wieder zum Weibe. Es verging kaum ein Tag, an dem er nicht nachgab. Er fand jederzeit offene Arme. Es war, als ob die Natur, die sich unter diesem Himmel verschwendete, hier auch die Mädchen zur gleichen Verschwendung trieb. Und über alledem schwebte eine heitere Selbstverständlichkeit. Man litt hier nicht, wenn man liebte.

Und diese Leichtblütigkeit schien sich auch auf Fremde zu übertragen, die, selbst wenn sie aus dem Norden kamen, bald bereit waren, ihre Kälte, unter der sie hier nicht froh wurden, fallen zu lassen.

Reisner fand auf seinen Wanderungen eine Dame, die, wie er bald erfuhr, aus Schleswig stammte und die mit ihren zwei Kindern hierher gekommen war, um einen zeitigen Frühling zu genießen, während ihr Mann, der nicht mehr jung zu sein schien, daheim mit Eifer und Liebe, die beide echt waren, Aktenstaub schluckte.

Sie hieß Dora und bat ihn, sie nur mit diesem Namen zu nennen, mit keinem anderen, sie überhaupt nicht als Dame zu behandeln, sondern als eine zufällige, aber doch liebe Bekanntschaft, etwa als ein Mädchen, das man trifft, küßt und vergißt. Denn sie sehne sich maßlos danach, nachträglich, wenigstens für Stunden, jene Jugend zu genießen, die sie, als sie jung war, doch nie gekannt habe. Sie war ungefähr dreißig Jahre alt und durchaus nicht häßlich.

Reisner erlebte mit ihr acht Tage, die ohne Leidenschaft, dafür voll milder Wärme waren. Nicht im mindesten glich sie jenem Typus von Frauen, die genießen wollen, weil der Genuß für sie das Leben ist. Sie war im Gegenteil eine von denen, die ihr Leben lang hungern und die, erst wenn sie alt geworden, erkennen, daß sie es getan haben. In diesen Frauen glüht das Verlangen, das Dasein wenigstens einmal zu packen, ein einziges Mal, ehe sie sterben, und sie verjüngen sich dann, wenn die Gelegenheit sie findet, um Jahre.

An einem Maimorgen nahm Reisner von Dora Abschied. Es war ausgemacht von ihnen, daß keines von beiden dem anderen nachforschen werde, und sie wußten beide, daß sich ihre Wege nie mehr kreuzen würden. Ein solches Bewußtsein macht mild und dankbar.

Dora geleitete Reisner ein Stück Weges, bis an den Rand eines Waldes, hinter welchem er dann verschwinden mußte, ohne daß sie ihn je wiedersah. Obgleich sie sich trennten, waren sie heiter.

„Von dem muß ich nun leben," sagte Dora, „von dem, was mir die paar Tage an Lebensinhalt gegeben haben, — diese wenigen, die jetzt dahin sind."

Sie hob die Hand über die Augen und blickte in die sonnige Landschaft. „Und Sie? Für Sie war das eine Episode, was für mich ein Ausschließliches, ein Definitives war. Und doch beneide ich Sie nicht. Sie werden sich in vielem zersplittern, während ich für alle Zeiten immer nur von einem zehren werde. Ihr Leben wird bewegter, meines glücklicher sein."

„Glücklicher? Mit Ihrem Mann?"

„Nicht mit, sondern neben meinem Mann, dafür mit meinen Kindern. . . . Lieben Sie Kinder?"

„Darüber habe ich nie nachgedacht. . . ."

„Gibt es überhaupt jemanden, den Sie lieben?"

„Nein," sagte er.

„Ich dachte es mir. Und ich? Was haben Sie für mich empfunden?"

„Ihnen war ich gut," sagte er freundlich, „aber nur, weil unsere Bekanntschaft wie im Traum geschlossen war. Der, der ich hier bin, bin ich in Wirklichkeit gar nicht. Mein echtes Ich ist daheim geblieben. Dem, der hier ist, ist erlaubt worden, zu träumen. Er hat Sie im Traume lieb gehabt."

Er ging fort und sah sich nicht mehr nach ihr um. Hinter alles, das er hier erlebte, setzte er, nachdem es vorbei war, einen Schlußpunkt. Und mit Spannung blickte er schon wieder nach neuem aus, das er ohne jeden Uebergang genoß, — in der Art, wie es in der Tat nur Menschen können, die träumen.

In Meran wurde er von Prokop erwartet, der für ihn im Hotel zwei Zimmer belegt hatte.

Reisner zog sich um und erschien im Abendanzug im Saal. In der Tür prallte er mit einem alten Herrn zusammen, der, als er ihn sah, einen leisen Pfiff von sich gab, nach seiner Hand haschte und diese schüttelte: „Alle Wetter, Sie! Wissen Sie, daß ich schon seit Wochen an Sie denke und immer die nebelhafte Hoffnung hege, Sie irgendwo zu treffen? . . . Kommen Sie! Kommen Sie mit! Gehen wir in den Garten, wo wir einen Winkel finden werden, in dem wir uns ungestört unterhalten können!"

Reisner starrte auf den Alten wie auf eine Erscheinung. Es war der Justizrat Doktor Eberhard Lorm aus Hamburg, der, seit Anfang dieses Jahres die Praxis niedergelegt hatte und der nun, wie er erzählte, auch hier in der Nähe von Meran ein Haus suchte, das recht abgelegen und anderen Menschen möglichst unzugänglich war. Freilich, es war ihm bisher nicht gelungen, ein solches Haus zu finden.

Sie fanden eine stille Ecke und während Reisner sein Abendbrot verzehrte, sog der Alte an seiner Zigarre und stellte immer neue Fragen, die Reisner, der seine Fassung wiedergewonnen hatte, nur soweit beantwortete, als er es für angebracht hielt.

Doch der Alte schien über alles, was Reisner betraf, vortrefflich unterrichtet zu sein, denn er gab mit einem boshaften Kichern seiner Zufriedenheit darüber Ausdruck, daß es Reisner so gut verstanden habe, aus den Lehren, die er, der Justizrat, ihm vor einem Jahre gegeben habe, praktischen Nutzen zu ziehen. „Oder leugnen Sie es, daß ich es gewesen bin, der Sie auf die Bahn gewiesen hat, die Sie jetzt so erfolgreich beschreiten?" fragte er.

Doch Reisner blieb eisig, denn die unerwartete Begegnung hatte alles wieder in ihm aufgeweckt, das für einige Wochen zu vergessen, er hierher gekommen war.

Allein der Alte gab ihn nicht frei. Er grub mit Behagen in der Vergangenheit des anderen herum und förderte immer neue Einzelheiten zutage, die er sorglich ausbreitete, von denen er besondere Kraßheiten gleichsam aufspießte, um sie mit einem sarkastischen Grinsen Reisner hinzuhalten, der nur schwer jenen kühlen Ton fand, der den Alten abwehren sollte.

„Ich kenne jetzt auch Ihren Freund," sagte der Alte, „jenen, von dem Sie mir damals sagten, daß er Ihr einziger sei, . . . und ich kenne auch dessen . . . Gott, wie soll ich sie nennen? . . . also, ich kenne auch dessen — Freundin!"

Reisner verfärbte sich und war unter einem maßlos gespannt. „Wie?" fragte er.

„Ach, Sie sind neugierig?" höhnte der Alte. „Nun, warum soll ich es Ihnen nicht sagen? Hören Sie! Jene, . . . jene Freundin Ihres Freundes . . . war sogar — hier!"

„Hier —?"

„Hier! Vor drei Tagen noch, ja, . . . nachdem sie zwei Jahre lang vom Erdboden wie verschlungen war, . . . hier in Meran, drüben in der Pension Paulich, . . . in Gesellschaft eines Mannes, der . . . hehe! . . . . es nicht vergeblich zu versuchen schien, sie zu trösten!"

„Was behaupten Sie da?" fragte Reisner mit erstickter Stimme.

„Nur, was ich gesehen habe, mein Guter, nicht mehr. Ein junger Mann war um sie, einer, der recht nett war in seinem Aeußeren, das muß man ihm lassen. Ich kenne sogar seinen Namen. „von Webenau, stellte er sich vor, immer lächelnd, denn er war ein liebenswürdiger junger Mann, der wußte, daß es ihm gut stand, wenn er lächelte . . . Im übrigen halte ich ihn für sehr harmlos und mute ihm sogar ehrliche Absichten zu. Er war sterblich in sie verliebt, das konnte jeder sehen, der es sehen wollte."

„Und sie?"

Fortsetzung folgt.

ten Absicht des Deutschen Kaisers zuwidergehandelt, der eben erst erklärt hat, er wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeite, und daß vom Vertrauen des Volkes getragene Männer in weitem Umfange teilnehmen an der Regierung.

So ist die Deutsche Vaterlandspartei nicht nur eines der Schlupflöcher der deutschen Reaktion, sondern auch einer der Hauptherde deutscher Zwiespaltigkeit. Das Vaterland, das die Feinde vernichten wollen, vermag sich nur im Zeichen der Freiheit zur Wehr zu setzen. In diesem Sinne wirkt der Volksbund für Freiheit und Vaterland und hat dabei die Millionen Männer und Frauen hinter sich, die die schaffende Arbeit des deutschen Volkes verkörpern."

Die Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften im Jahre 1917.

Nach der von der Generalkommission aufgenommenen und soeben veröffentlichten Statistik sind auch im vergangenen Jahr die Arbeitersekretariate trotz aller Erschwernisse ihren Aufgaben durchaus gerecht geworden. Das Tätigkeitsgebiet der Sekretariate ist durch den langandauernden Kriegszustand nicht eingeengt, sondern noch erweitert worden. Der Kriegszustand hat eine Reihe Erscheinungen gezeitigt, die die Ursachen zu neuen Rechtsstreitigkeiten bilden.

Die Zahl der von den freien Gewerkschaften unterhaltenen Arbeitersekretariate beträgt 130, ihr Bestand hat sich nicht verändert. An der Statistik sind jedoch, genau wie im vorigen Jahre, nur 119 Sekretariate beteiligt, 11 sandten keinen Bericht ein. Von den berichtenden Sekretariaten werden 102 von den Gewerkschaftskartellen unterhalten, davon 83 aus den Kartellkassen und 19 durch Erhebung besonderer Beiträge, die direkt an das Sekretariat abgeführt werden; 13 sind Einrichtungen des Bergarbeiterverbandes und bei 4 Sekretariaten werden die Kosten von der Generalkommission getragen. Außerdem leistet sie den durch Rückgang an beitragsleistenden Mitgliedern finanziell besonders bedrängten Sekretariaten laufende oder auch einmalige Zuschüsse. Die berichtenden Sekretariate verzeichnen zusammen eine Ausgabe von 630 602 Mk., sie übersteigt die des Vorjahres um 54 287 Mark. Von den Ausgaben wurden 315 425 Mk. aus den Kartellkassen, 49 601 Mk. aus direkt für die Sekretariate geleisteten Beiträgen und 40 257 Mk. aus den Kassen der beteiligten Organisationen gedeckt. Von der letzteren Summe kommen auf den Bergarbeiterverband für die Unterhaltung seiner Sekretariate 26 683 Mark. Die Generalkommission leistete an 56 Sekretariate zusammen 95 588 Mk. Zuschüsse. 26 Sekretariate erhielten Zuwendungen von Parteiorganisationen im Gesamtbetrage von 9092 Mark und aus Staats- und Gemeindemitteln wurden 12 Sekretariaten Beihilfen gewährt, die sich im einzelnen zwischen 100 bis 4000 Mk. bewegen und zusammen die Summe von 12 800 Mk. ausmachen.

Die Tätigkeit der Sekretariate war im Jahre 1917 nicht ganz so umfangreich wie 1916, die Frequenzziffer, die Zahl der Auskünfte und Schriftsätze stehen hinter denen des Vorjahres zurück. Die Verminderung ist aber nicht so erheblich, daß hieraus ungünstige Schlüsse für die Entwicklung der Sekretariate gezogen werden könnten. Es nahmen 511 763 Personen die Sekretariate in Anspruch gegen 526 365 im Vorjahre. Von den Auskunftsuchenden waren 477 105 Arbeitnehmer oder Angehörige derselben und 32 363 Personen gehörten anderen Bevölkerungsklassen an, außerdem wandten sich in 1895 Fällen Behörden und Korporationen an die Sekretariate. Von den Auskunftsuchenden waren 262 772 gleich 58,8 Prozent gewerkschaftlich organisiert; 119 769 wohnten nicht am Orte des Sekretariats, sondern kamen von auswärts. Seit Beginn des Krieges hat eine gewaltige Steigerung der Inanspruchnahme der Sekretariate durch weibliche Personen stattgefunden. 1913 waren von allen Auskunftsuchenden 17 Prozent, 1917 dagegen 47 Prozent weibliche Personen. Diese Erscheinung ist verursacht durch die stark gestiegene Anteilnahme der Frau an dem Erwerbsleben und den Kriegsfürsorgemaßnahmen, wurden doch allein in Unterstützungssachen für Familien von Kriegsteilnehmern 59 442 (gegenüber 34 223 im Vorjahre) Auskünfte erteilt.

Auskünfte wurden insgesamt 544 521 erteilt, davon 476 707 mündlich und 42 129 schriftlich. Schriftsätze wurden 166 317 angefertigt. Unter dem Rubrum „Arbeits- und Dienstvertrag" wurden, jedenfalls unter Einwirkung des in Kraft getretenen Hilfsdienstpflichtgesetzes 1780 Auskünfte mehr erteilt und 2697 Schriftsätze mehr angefertigt.

Ueber persönliche Vertretungen von Rechtsstreitigkeiten vor Versicherungsämtern, Gerichten und Verwaltungsbehörden liegen von 93 Sekretariaten Angaben vor. Bei diesen Vertretungen macht sich der Mangel an geeigneten Kräften und ihr Wechsel recht fühlbar. Es wurden 4274 Vertretungen ausgeübt, 1913 dagegen 6717. Von den Vertretungen erfolgten 2640 vor Versicherungsämtern, 584 vor Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, 358 vor Amtsgerichten und 593 vor Verwaltungsbehörden und -gerichten. Termine wurden 4271 wahrgenommen.

Der Ausgang der vertretenen Rechtsfälle wurde den Sekretariaten nur in 24 216 Fällen bekannt, davon waren 18 271 erfolgreich und 5945 erfolglos. Da diese Angaben sehr unvollständig sind, lassen sich sichere Schlußfolgerungen aus diesen Angaben nicht ziehen.

Von den Rechtsauskunftstellen der Gewerkschaftskartelle haben 122 berichtet und davon nur 111 vollständig. Diese Stellen erteilten 1917 insgesamt 42 033 Auskünfte. Die Rechtsauskunftsstellen sind unter dem Einfluß des Krieges stark zurückgegangen, was daraus zu ersehen ist, daß die Zahl der berichtenden Stellen 1917 um 110 geringer ist als sie 1913 war. Die kleineren und mittleren Gewerkschaftskartelle, die als Träger der Rechtsauskunftsstellen in Betracht kommen, sind bei ihren engbegrenzten Mitgliederkreisen den Folgen des Krieges stärker ausgesetzt als größere Mitgliedergemeinschaften. Der Eingang so mancher Auskunftsstelle ist deshalb eine, wenn auch unerfreuliche, aber in den Verhältnissen begründete Erscheinung.

Erfreulich ist dagegen, daß sich bisher der Bestand der Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften auf der gleichen Zahl erhielt und ihre segensreiche Tätigkeit zum Wohle der Arbeiterschaft trotz aller Kriegsnöte auszuüben vermochten. Es steht zu erwarten, daß sie auch während der Fortdauer des Krieges auf gleicher Höhe bleiben werden, um dem schwergeprüften werktätigen Volke weiterhin als treue Berater zur Seite stehen zu können.

Der Holzarbeiterverband im Jahre 1917.

Das im Jahrbuch des Holzarbeiterverbandes zusammengetragene Material legt beredtes Zeugnis ab von der Mannigfaltigkeit der Aufgaben, denen sich die Gewerkschaften mehr und mehr unterziehen. Auf 304 Seiten wird in übersichtlicher Weise alles erläutert, was unter den Einwirkungen des Krieges im abgelaufenen Jahr von der Organisation getan worden ist. Der Kampf wurde, wie in allen Organisationen, so auch hier, vornehmlich gegen die steigende Teuerung geführt. Wohl betont der Vorstand in seiner Einleitung, daß der Verband die Mitglieder auf direktem Wege nicht vor dieser drückenden Folgeerscheinung des Krieges habe schützen können; es sei nur möglich gewesen, die Löhne zu erhöhen in dem Maße, wie der Geldwert gesunken war. Die Erreichung dieses Zieles war um so schwieriger, als der Krieg die Kräfte des Verbandes weit mehr beschränkte als in Friedenszeiten. Konnten doch von 1013 Lohnbewegungen, die im abgelaufenen Jahre geführt wurden, nur 54 mit Arbeitseinstellungen verbunden werden. Dagegen weist das große Kampfjahr 1910 bei 1174 Lohnbewegungen 504 Streiks auf. Gleichwohl ist im Berichtsjahr für 130 000 Kollegen und Kolleginnen der Lohn durchschnittlich um fast 2 Mark pro Tag erhöht worden. Dieses Resultat konnte nur erzielt werden, weil auch in der Holzindustrie im Berichtsjahr immer mehr Betriebe für den Heeresbedarf produzierten. Die rasche Vermehrung der weiblichen Arbeitskräfte veranlaßte den Verband, bei den zentralen Verhandlungen auf die Festsetzung von Mindestlöhnen für die Arbeiterinnen zu dringen. Kommen doch auf 100 männliche Arbeiter jetzt 36,3 Arbeiterinnen in den Betrieben, gegen nur 6,6 vor dem Kriege. Die Zahl der Betriebe, in denen weibliche Arbeitskräfte beschäftigt werden, hat sich verdreifacht, in der Tischlerei sogar verfünffacht. Während im Dezember 1915 in 12 693 erfaßten Betrieben nur 17 279 weibliche Beschäftigte festgestellt wurden, wiesen deren im Dezember 1917 7429 Betriebe 35 471 auf. Die Gegenüberstellung weist also zwar ein Abnehmen der erfaßten Betriebe um 41,5 Prozent, dagegen eine Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte um 200 Prozent auf.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit wurde in 95 Bewegungen für 12 308 beteiligte Personen von insgesamt 42 393 Stunden oder 3,4 Mk. pro Woche erreicht. Die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge ist zwar von 1014 am Schlusse des Vorjahres auf 910 am Jahresende 1917 zurückgegangen, indessen ist diese Verringerung auf Stillegung von Betrieben zurückzuführen, die praktisch nicht mehr in Betracht kamen. Faktisch hat sich die Zahl der unter Tarifverträgen beschäftigten Arbeiter am Schluß des Jahres 1917 um über 30 000 gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Dem vom Verbandsvorstand geführten Kampf gegen die Unfallgefahren wird, wie aus der veranstalteten Unfallstatistik hervorgeht, von den Mitgliedern nicht immer das erforderliche Interesse entgegengebracht. Mag sein, daß die Kriegsverhältnisse die Aufmerksamkeit der in den Unfallbetrieben beschäftigten Arbeiter zu einer gewissen Gleichgültigkeit gegenüber dieser Leben und Gesundheit schützenden Tätigkeit des Verbandsvorstandes gebracht haben. Mit dem Zurückströmen der Kriegsteilnehmer dürfte auch auf diesem Gebiete wohl eine Wendung zur Besserung eintreten.

Die Mitgliederzahl ist von 68 249 am Jahresschluß 1916 auf 90 237 gestiegen. 118 236 Mitglieder waren bis zum Jahresschluß 1917 zum Heere einberufen. Von 773 Zahlstellen sind infolge der Einberufungen 27 im Laufe des Berichtsjahres eingegangen, dagegen konnten 19 Zahlstellen neu gegründet werden.

Die Kassenverhältnisse der Organisation haben eine wesentliche Besserung erfahren. Der Kassenabschluß weist einen Einnahmeüberschuß von 745 850 Mark auf gegen 562 100 Mk. im Vorjahre. Einer Gesamteinnahme von 2 639 994 Mk. steht eine Gesamtausgabe von 1 894 143 Mk. gegenüber. Unter den Ausgaben weist die Krankenunterstützung mit 363 536 Mk. die höchste Ziffer auf. Sie erfordert gegenüber allen übrigen Unterstützungen, für die zusammen 196 785 Mk. ausgegeben wurden, allein ein Mehr von 166 751 Mk. Als Weihnachtsgabe an Kriegerfrauen wurden 256 478 Mk. verausgabt.

Die Kassenbestände der Verbandskasse ergeben einschließlich 6569 Mk. in den Gaukassen und 1 847 564 Mk. in den Lokalkassen eine Gesamtsumme von **7 703 717 Mark** gegenüber 6 713 894 Mk. am Schlusse des Vorjahres.

Ohne Zweifel werden dem Verband nach Beendigung des Krieges wieder diejenigen Kräfte zuströmen, die die Organisation der Holzarbeiter befähigen, den Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder auch für die Zukunft mit Erfolg zu führen. Denn an Bemühungen, mit den im Felde stehenden Mitgliedern die Verbindung aufrechtzuerhalten, hat es der Verbandsvorstand nicht fehlen lassen.

Die Geschäfte der Geheimratsgattin.

Der Prozeß gegen die Geheimrätin Lepa und ihre Mitangeschuldigten dürfte nach dem gegenwärtigen Stande der Vorbereitungen noch in diesem Spätherbste zur Verhandlung kommen. Der „Berliner Lokal-Anzeiger" erfährt über das Leben und Treiben der ingeniösen Schwindlerin allerlei Einzelheiten:

Die Geheimrätin Lepa hatte von ihrem 1907 verstorbenen ersten Mann, dem Landgerichtsrat Hirsch, ein Vermögen von 104 000 Mark geerbt, das in Zinshäusern der Uhland-, Blankenfelde- und Schererstraße angelegt war. 1909 heiratete sie den Kammergerichtsrat Geh. Justizrat Dr. Lepa, hinter dessen Rücken sie dann die Schwindeleien verübt hat. Beweggrund dazu war die maßlose Verschwendung und Genußsucht dieser Frau. Sie verbrauchte in den letzten drei Jahren allein für Kleider 60 000 Mk. Brillanten und kostbaren Schmuck auf Abzahlung usw. genommen, und kostspielige Reisen ließen die Verbindlichkeiten lawinenartig anschwellen. Ende 1914 war die Geheimrätin Lepa, deren Gatte doch ein anständiges Gehalt bezog, bereits derartig verschuldet, daß sie wegen 700 Mk. Restschuld zum Offenbarungseid aufgefordert wurde. Sie leistete ihn aber nicht, sondern ersann ein Märchen von ihr erteilten Heereslieferungen und beging ungeheure Wechselfälschungen. Die Namen ihres Bruders, der eine Fabrik optischer Instrumente besitzt, des Gatten ihrer Tochter, eines hohen Militärbeamten, und anderer Familienmitglieder wurden von ihr gleich serienweise gefälscht. Sodann wurden vermögende Damen, Geldgeber und Geschäftsleute durch die Aussicht hoher Kriegsgewinne systematisch angelockt.

Als besonders gut galt die Wechselunterschrift des Kammergerichtsrats. Wunderten sich die Geldgeber, daß der hohe Beamte mit den Geschäften seiner Frau einverstanden war, so wußte die Geheimrätin die Heimlichkeit der Geschäfte mit der hohen Stellung des Ehemannes zu beglaubigen. Etwaige Briefe an den Gatten wurden heimlich abgefangen und im Namen des Geheimrats beantwortet. Wollten vorsichtige Geldgeber aber durchaus den Geheimrat persönlich sprechen, so wurden sie in der Wohnung empfangen, wo ein Mitschuldiger als „Geheimrat" vorgestellt wurde, der die Geschäfte „seiner Frau", bei denen jedes Risiko ausgeschlossen sei, genehmigte. Die Geheimrätin nahm das Geld, wo sie es bekommen konnte, ob es nun Gemüsefrauen, kleine Beamte, Witwen oder reiche, vornehme Geldgeber waren. Bot jemand in der Zeitung Geld an, so erhielt er gleich einen ausgefüllten Wechsel in Höhe des Betrages und einen weiteren, der den Gewinn der nächsten drei Monate enthielt.

Fast durchweg wurde den Leuten ein Verdienst von 100 Prozent versprochen. Hier einige Beispiele. Ein Bäckermeister in Pankow wurde unter der Vorspiegelung, monatlich 300 Mk. verdienen zu können, zur Hergabe von 10 000 Mk. veranlaßt. Er bekam nur 600 Mk. wieder. Einem Mecklenburger Kaufmann, der kein Geld mehr geben wollte, wurde eine gefälschte Bilanz vorgelegt, die mit einem angeblichen Millionen-Jahresgewinn der Geheimrätin abschloß. Er gab darauf 25 000 Mk. Ein Stabsarzt aus Ratzenow fiel mit 40 000 Mk. hinein. Ein besonders krasser Fall betrifft zwei Geldgeber aus Zehlendorf. Die Geheimrätin hatte in einer Gesellschaft eine vermögende Dame aus Zehlendorf kennen gelernt und versuchte von dieser 10 000 Mk. zu erhalten. Da sie nur Geld geben wollte nach persönlicher Rücksprache mit dem Kammergerichtsrat, ließ die Lepa ihr Opfer telephonisch nach der Wohnung bestellen. Die Geldgeberin hatte jedoch Bedenken und kam nicht. Hierauf meldete sich am Telephon ein Mann, angeblich der Geheimrat selbst, und erklärte, es sei jetzt zu spät, das Geld sei anderwärts besorgt, im übrigen sei es mit den Wechseln durchaus in Ordnung. Die Frau gab darauf insgesamt 200 000 Mk. wofür sie gefälschte Wechsel und Hypotheken erhielt. Inzwischen hatte die Hereingefallene einen Oberleutnant auf das glänzende Geschäft aufmerksam gemacht. Während dieser noch kontrollierte, erschien eine Helferin der Geheimrätin und zeigte wiederum eine gefälschte Gewinnbilanz. Der Oberleutnant gab darauf 40 000 Mk. und nach und nach weitere Summen. Um ihn köder zu machen, reiste die Geheimrätin dem Oberleutnant nach Düsseldorf nach, wo sie zufällig im gleichen Hotel, dem Hotel Royal, eine „neue Heereslieferung" abschließen mußte. Ein Gutsbesitzer aus Lauenburg soll hierbei die Rolle eines hohen Militärbeamten gespielt haben. Dem Oberleutnant wurde erzählt, ein Prinz sei ebenfalls an den Geschäften der Geheimrätin beteiligt; diese wi[illegible] den streng überwacht und jedes Risiko sei ausgeschlossen. [illegible] wurde der Oberleutnant sicher gemacht, gab sein gesamtes V[illegible] mögen hin und überredete auch noch Freunde zur Mitbeteili[illegible] Insgesamt wurde er 600 000 Mk. los.

Als im Frühjahr dieses Jahres auf Anzeige eines Geprellt[illegible] endlich der Zusammenbruch der großangelegten Schwindeleien [illegible] folgte, lehnte die Geheimrätin in ihrer ersten Vernehmung je[illegible] Verantwortung ab, da sie nach einem Gutachten des Professo[illegible] Leppmann geisteskrank sei. Während die der Mithilfe Verdä[illegible] tigen in Untersuchungshaft abgeführt wurden, ging die Haup[illegible] angeschuldigte in ein Sanatorium und befind[illegible] sich noch auf freiem Fuße.

Aus Nah und Fern.

Die Grippe taucht jetzt wieder in verschiedenen deutsch[illegible] Städten auf. Wie die Allgemeine Berliner Ortskrankenka[illegible] mitteilt, meldeten ihre einzelnen Zahlstellen seit Beginn dies[illegible] Woche 50—80 Prozent der gesamten Krankheits[illegible] fälle als Grippeerkrankungen. Ueber die Zahl d[illegible] durch die Grippe herbeigeführten Sterbefälle wird ein Ueberbl[illegible] erst Ende der Woche möglich sein. Das Fehlen notwendi[illegible] ger Medikamente und Stärkungsmittel erschwert die B[illegible] handlung der Kranken außerordentlich. Grippe-Erkrankunge[illegible] wegen konnte das Lessing-Theater und das Komödienhaus nic[illegible] spielen. — In Wien und Budapest berät man darüber, [illegible] nicht der Ansteckungsgefahr wegen die Theater zu schließen sind.

Ein riesiger Schwindel, der in Brüssel verübt wurde, führ[illegible] in Berlin und Forst zu Verhaftungen. Es handelt sich um nicht[illegible] Geringeres, als um einen Barbetrag von 287 000 Mk., der [illegible] Brüssel von Unberechtigten erhoben und zum großen Teil na[illegible] Forst gebracht wurde. Hier soll das Geld versteckt gehalten we[illegible] den. An dem Schwindel ist zunächst der frühere Werkführer Wi[illegible] helm Woicke beteiligt, der sich bei seiner Mutter in Forst aufhiel[illegible] Woicke war in Brüssel bei einer Reichsstelle beschäftigt. Do[illegible] lernte er den im gleichen Betrieb angestellten Kontoristen Webe[illegible] aus Berlin kennen. Weber hatte Gelegenheit, sich des Sched[illegible] buchs zu bemächtigen. Er trennte ein Formular heraus, füllt[illegible] es über 287 000 Mk. aus, versah es mit Stempel und der nac[illegible] geahmten Unterschrift des Bureauchefs und übergab den gefälsch[illegible] ten Schein an Woicke. Dieser hob den Geldbetrag bei der Ban[illegible] ab und erhielt ihn, da die Fälschung nicht erkannt wurde, an[illegible] standslos ausgezahlt. Von dem Geld hat Woicke einer junge[illegible] Belgierin, die er in Brüssel kennen gelernt hatte, nicht wenige[illegible] als 95 000 Mk. übergeben. Beide, Woicke und Weber, sind na[illegible] Abhebung des großen Geldbetrags von der Bank aus Brüssel ver[illegible] schwunden; jeder von ihnen hat sich in seinen Heimatsort begeben[illegible] Der Betrug wurde bald in Brüssel entdeckt. Der Verdacht fiel au[illegible] Woicke. Auf telegraphische Anordnung erfolgte eine Haussuchun[illegible] in der Wohnung der Mutter des Beschuldigten. Es wurde[illegible] dabei etwa 1600 Mk. bares Geld vorgefunden. Zugleich wurd[illegible] aber auch festgestellt, daß Woicke nach seiner Rückkehr aus Brüsse[illegible] auffallend große Ausgaben gemacht hatte. Als das Ergebnis de[illegible] Feststellung der Reichsstelle bekannt gegeben war, entsandte dies[illegible] einen besonderen Beamten nach Forst. Die nunmehr angestellte[illegible] Erhebungen führten zu der Festnahme der beiden Beschuldigten[illegible] Weber, der in Berlin verhaftet wurde, war der Tat bald geständ[illegible] dig. Woicke verlegte sich zunächst aufs Leugnen, bequemte sic[illegible] jedoch später ebenfalls zu einem Geständnis. Wo beide das er[illegible] schwindelte Geld versteckt haben, darüber verweigern sie noch jede[illegible] Auskunft. Woicke ist 28 Jahre, Weber wenig über 20 Jahre alt.

Straßenbahn-Zusammenstoß in Essen. In Essen stießen zwei mit Arbeitern besetzte Straßenbahnwagen zusammen. Vier Arbeiter wurden getötet, 26 schwer verletzt.

30 000 Mark aus einem Eisenbahnpostwagen gestohlen. Aus dem um 8 Uhr abends von Konitz nach Zempelburg fahrenden Eisenbahnzug ist aus dem geschlossenen Postwagenabteil eine an das Postamt Kamin gerichtete Wertkiste mit 30000 Mark in Papiergeld geraubt worden. Die Scheibe des Wagenfensters fand man zertrümmert. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Eine Prinzenprüfung. Die Mittwoch-Nachmittags-Ausgabe von WTB. meldete feierlich:

Berlin, 9. Oktober. Die Minister des Innern und der Finanzen haben an Seine Majestät den Kaiser und König folgendes Telegramm gerichtet:

Euerer Majestät melden wir untertänigst, daß Seine Königliche Hoheit Prinz August Wilhelm von Preußen nach Anzeige der Prüfungskommission die große Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst mit dem Prädikat „vollkommen befriedigend" bestanden hat.

Dieser bedeutungsvollen Nachricht folgte dann die Mitteilung über den Wechsel im Kriegsministerium und dieser wiederum die Antwort Lansings auf die deutsche Friedensnote. Alles nach Rang und Wichtigkeit.

Preissturz im Weingeschäft. Im Weinmostgeschäft in der Pfalz ist seit Freitag ein plötzlicher Preissturz eingetreten. Die Zurückhaltung ist noch nachdrücklicher geworden als bisher. Der Handel verhält sich vollkommen passiv. Die Preise gehen andauernd noch weiter zurück. Das Risiko im Weingeschäft wird unter den neuen Verhältnissen überall als allzu groß bezeichnet. Der Preissturz ist laut „Pfälz. Rundschau" unverständlich. Für Weinmoste wurden im Oberland 75, 70, ja 60 Mk. für die Logel geboten. Doch kamen nennenswerte Abschlüsse nicht zustande, da man der festen Ueberzeugung ist, daß die Preise noch weiter herabgehen werden. Auch an der Mittelhaardt, in Neustadt, Deidesheim, Ruppertsberg und Königsbach sind Preisstürze zu verzeichnen. Man glaubte allgemein für die Logel 180 Mk. zu lösen, es wurden jedoch nur 90 bis 95 Mk. dort genannt. Eine große Anzahl von Weinhandlungen, die still große Vorverkäufe abgeschlossen hatten, haben durch den Preissturz bereits Hunderttausende von Mark verloren, da sie ihre Verkäufe nicht mehr rückgängig machen können. Im Gau wurden vereinzelt 60 Mk., ja 55 Mk. für die Logel genannt. Für Portugieser Most wurden dort vorher 210 Mk. geboten. Das Geschäft ist äußerst flau. Auch in Rheinhütte und im Rheinland sind die Preise erheblich gesunken. Die Weinlieferungen für das Militär sind ziemlich zurückgegangen.

Die Gendarmen-Wohnung als Hamsterlager. In der Wohnung des Gendarmerie-Wachtmeisters Muselowsky in Bolkenhain wurde ein großes Lager von gehamsterten Waren aller Art entdeckt, mit denen die Frau Wachtmeister einen schwunghaften Schleichhandel getrieben haben soll. Muselowsky erklärt, von diesen Geschäften seiner Frau nichts gewußt zu haben; doch schwebt auch gegen ihn eine Untersuchung vor dem Kriegsgericht. Gegen die Frau ist natürlich ebenfalls das Verfahren eingeleitet worden. Muselowsky ist vorläufig vom Amte enthoben worden.

Ein guter Fang. In der Konzschen Mühle in Bietigheim, gegen welche bereits im Vorjahre ein Strafverfahren eingeleitet worden war, wurden neuerdings durch das Kriegswucheramt weitere schwere Verfehlungen aufgedeckt. Aus mehreren Verstecken wurden 31 Zentner Kartoffelmehl, 11 Zentner Roggen, 9 Zentner Weizen, 3½ Zentner Hafer, 2 Zentner Weißmehl, 5 Zentner sonstiges Mehl beschlagnahmt. Brotmehl wurde von der Mühle zu 1,50 Mk. für das Pfund ohne Mehlkarten offenbar in größerem Umfange abgesetzt. Das Kartoffelmehl ist der städtischen Kartoffelstelle Stuttgart, die dort hatte mahlen lassen, als „Ueberschuß" vorenthalten worden. Außer den genannten Beständen wurden noch 3 Schweine, 1 Rind und 1 Kalb beschlagnahmt, die nicht angemeldet waren. Auf dem Bahnhof in Bietigheim sind aus einer von Ulm nach Berlin gehenden Gepäcksendung 1 Zentner Rauchfleisch und 40 Pfund Butter beschlagnahmt worden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.